3/2020

Deutsches Institut
für Urbanistik

Berichte

Das Magazin des Difu

Aus dem Inhalt

4 Standpunkt
Bewohnerparken in den Städten – wie teuer darf es sein?

7 Forschung & Publikationen
Kommunalfinanzen nach Corona: Ungleichheiten nehmen zu

8 Forschung & Publikationen
Stadtentwicklung in Zeiten von Corona – eine Standortbestimmung

23 Neue Projekte
Urbane Xtopien – Zukunftsfreiräume

Editorial

Standpunkt

4 Bewohnerparken in den Städten – wie teuer darf es sein?

Forschung & Publikationen

6 Hoher Finanzierungsbedarf der Kommunen für Zukunftsaufgaben
7 Kommunalfinanzen nach Corona: Ungleichheiten nehmen zu
8 Stadtentwicklung in Coronazeiten – eine Standortbestimmung
9 Finanzierung des kommunalen Klimaschutzes
10 Kommunale Strategien für eine erfolgreiche Klima-Kommunikation
11 Multimediale Infos und Praxis-Tipps für den kommunalen Klimaschutz
12 Moderne Stadtgeschichte: "Spaces of Fear – Angsträume"
14 Lasten-Nutzen-Ausgleich in der interkommunalen Zusammenarbeit
15 Kommunale Bildungslandschaften für eine nachhaltige Entwicklung
21 Die Verkehrswende gemeinsam mit den Bürger*innen vollziehen
22 Sondernutzungsgenehmigungen für E-Tretroller-Verleihsysteme

Neue Projekte

23 Urbane Xtopien – Zukunftsfreiräume
23 Gehemmte Investition
24 Stromnetzausbau vor Ort
24 Kommunen vernetzen
25 Umweltbezogene Gerechtigkeit
25 Klimafreundlich mobil
26 Mobilität im ländlichen Raum
26 Gute Kreuzungen für alle
27 Gewerbegebiete im Klimastress
27 Förderung des Holzbaus

Veranstaltungen

28 Veranstaltungsübersicht

Nachrichten & Service

16 Was ist eigentlich...? Mietpreisbremse/Mietendeckel?
17 Veröffentlichungsüberblick
19 Difu-Service für Zuwender
20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
31 Bargteheide – eine lebendige Stadt zwischen Nord- und Ostsee
32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
33 Difu aktiv
34 Neues im Difu-Inter-/Extranet
35 Difu-Presseresonanz

Editorial

Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 26. August ist Hans-Jochen Vogel gestorben. Er war in seinen frühen politischen Jahren als Oberbürgermeister von München nicht nur ein engagierter Kommunalpolitiker, sondern er gehörte auch zu denen, die es für notwendig erachteten, dass die deutschen Städte ein Forschungsinstitut benötigen, das ihnen zukunftsorientierte Lösungen aufzeigt. Unter seiner Präsidentschaft beschloss der Deutsche Städtetag 1971 auf seiner Hauptversammlung die Gründung des Difu. Das Difu war ihm wichtig – und uns waren seine Ideen für eine solidarische Stadtgesellschaft wichtig.

„Mehr Gerechtigkeit. Wir brauchen eine neue Bodenordnung – nur dann wird Wohnen auch wieder bezahlbar" ist der Titel von Vogels letztem Buch, das im Jahr 2019 erschienen ist. Dieses Thema hat Vogel weit über seine kommunalpolitische Zeit hinaus beschäftigt. Das Difu widmet sich dieser Frage ebenfalls seit Jahren. Wir verlieren einen bedeutenden intellektuellen Mitstreiter. Hans-Jochen Vogels Ideen werden in unseren wissenschaftlichen Arbeiten weiterleben.

Luise Adrian hat sich gemeinsam mit Kolleg*innen am Difu in den letzten Monaten in ihrer wissenschaftlichen Arbeit ebenfalls der Bodenpolitik gewidmet. Gleichzeitig hat sie seit mehreren Jahren den Bereich Fortbildung am Difu geleitet. Bereits Anfang der 2000er-Jahre war sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Difu tätig, bevor sie als selbständige Unternehmerin 15 Jahre erfolgreich ein Planungsbüro geleitet hat.

Diese vielfältige Berufserfahrung innerhalb und außerhalb des Difu hat die Gesellschafter unseres Instituts bewogen, Luise Adrian als Nachfolgerin von Dr. Busso Grabow ab 1. Juli 2020 zur neuen Kaufmännischen Geschäftsführerin des Difu zu bestellen. Es ist gut, dass eine Person diese wichtige Aufgabe übernimmt, die weiß, wie es ist, als Wissenschaftlerin am Difu zu arbeiten und die weiß, wie man ein Unternehmen führt.

Die Kolleg*innen im Difu freuen sich auf die neue Zusammenarbeit mit Luise Adrian. Sie wird wie ihr Vorgänger eine verlässliche und kompetente Ansprechpartnerin für unsere Partner*innen in den Städten, den Ministerien und der Zivilgesellschaft sein.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Prof. Dr. Carsten Kühl
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Bewohnerparken in den Städten – wie teuer darf es sein?

Der Gesetzgeber hat die bisher gedeckelte Gebührenhöhe für Bewohnerparkausweise in Höhe von 30 Euro pro Jahr gekippt. Mit dem neu gewonnenen Handlungsspielraum stellt sich vielen Kommunen die Frage: Welcher Preis ist angemessen?

Viele Städte ersticken im Verkehr. Insbesondere der Platzbedarf für parkende Autos wird zu einem zunehmenden Ärgernis. Die Zulassungszahlen für private Kfz steigen ungebremst, Fahrzeuge werden immer größer. Parkraumbewirtschaftung, d. h. die Einführung von Parkgebühren für das Kurzzeitparken, ist ein bewährtes Instrument, um das knappe und wertvolle Gut des öffentlichen Raumes steuern zu können. In sogenannten Parkraumbewirtschaftungszonen erhalten Anwohner*innen eine Ausnahmegenehmigung in Form eines Bewohnerparkausweises. Dessen Gebühr war jedoch bislang auf eine Höhe von max. 30,70 Euro pro Jahr gedeckelt (GebOSt Nr. 265). Ein Preis, der keine steuernde Wirkung entfaltet und inzwischen in vielen innerstädtischen Wohnvierteln dazu führt, dass die Ordnungsämter vor der Autoflut kapitulieren, Rettungskräfte kaum an ihren Einsatzort gelangen und Fußgänger*innen und Radfahrer*innen in ihrer Sicherheit gefährdet sind. Viele Städte im europäischen Ausland belegen inzwischen, dass es einen engen Bezug zwischen Parkraumbewirtschaftung und Verkehrspolitik gibt. Dort, wo die Parkplätze nicht umsonst sind, gehen Autobesitzer*innen häufiger zu Fuß, fahren Fahrrad oder nutzen öffentliche Verkehrsmittel und ersparen den Städten Parksuchverkehr, weil sich die Suche nach einem kostenfreien Parkplatz nicht lohnt.

Die seit 1993 nicht mehr angepasste Gebührenobergrenze für das Bewohnerparken ist nun endlich gekippt. Der Bundesrat billigte im Juni mit Inkrafttreten zum 1.10.2020 einen Gesetzesentwurf des Bundestages, der nun die Landesregierungen ermächtigt, Gebührenordnungen für das Ausstellen von Bewohnerparkausweisen zu erlassen oder dies den Kommunen selbst zu überlassen. Selbst der Verband der Automobilindustrie (VDA) begrüßt die Reform und fordert, die Preise nach Einkommen zu staffeln. Auch der ADAC äußert sich zustimmend, da Kommunen jetzt besser auf örtliche Verhältnisse reagieren können. Bereits 2015 empfahl das Präsidium des DST, die Gebühren bis 200 Euro pro Jahr anheben zu können. Im internationalen Vergleich sind bislang die Kosten für einen Bewohnerparkausweis in Deutschland sehr gering (Wien: 120 bzw. 90 Euro p. a. je nach Bezirk, Marseille: 160 Euro, Zürich: 290 Euro, Amsterdam: 535 Euro, Stockholm 827 Euro).

In vielen Städten beginnen nun die Diskussionen: Wie sollen die Gebühren zukünftig bemessen werden? Was ist gerecht, was ist stadt- und verkehrspolitisch sinnvoll? Im Straßenverkehrsgesetz heißt es jetzt in § 6a Absatz 5a Satz 3: „In den Gebührenordnungen können auch die Bedeutung der Parkmöglichkeiten, deren wirtschaftlicher Wert oder der sonstige Nutzen der Parkmöglichkeiten für die Bewohner angemessen berücksichtigt werden."

Ein neuer Preis für das Parken vor der Haustür im öffentlichen Straßenraum kann über verschiedene Zugänge ermittelt werden. Orientierung für die Höhe von Bewohnerparkausweisen bieten z.B. die verkehrspolitische Lenkungsabsicht, das Preisniveau benachbarter Parkhäuser, kommunale Herstellungs- und Unterhaltungskosten oder der Nutzen und Marktwert der Fläche (Bodenrichtwert).

Deutliche Unterschiede zwischen Städten unterschiedlicher Größe und Lage ergeben sich durch die Orientierung der Gebührenhöhe am wirtschaftlichen Wert der beanspruchten Fläche.

- Bodenrichtwerte, beispielhafte Kosten für einen 12m²-Parkplatz: München-Schwabing: 14.567 Euro, Lüneburg: 5.495 Euro, Schwerin: 5.066 Euro. Rein rechnerisch würde sich eine Jahresmiete (4 Prozent p.a., Kaufpreisfaktor 25) in München-Schwabing von 583 Euro p.a., in Lüneburg von 220 Euro p.a. und in Schwerin von 203 Euro p.a. ergeben.
- Herstellungskosten + Bewirtschaftung pro Parkplatz am Beispiel Berlin (Reinigung und Winterdienst) in Höhe von ca. 220 Euro p.a.
- Vergleich der Miete in benachbarten Sammelgaragen/Parkhäuser (München-Schwabing: 540 Euro/Monat, Lüneburg: 210 Euro/Monat, Schwerin: 65 Euro/Monat).
- Sondernutzungsgebühr für einen Marktstand in der Größe eines Parkplatzes (München: 18 Euro/Tag, Lüneburg: 14,40 Euro/Tag, Schwerin: 4,20 Euro/Tag)

Die Gebührenhöhe könnte sich aber auch an ihrer verkehrspolitischen Wirkung orientieren:

- 1 Euro/Tag, dem Signalpreis für Diskussionen im ÖPNV (365-Euro-Ticket)

Fotos: Difu

Dipl.-Geogr.
Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Dipl.-Volkswirt
Tilman Bracher
+49 30 39001-260
bracher@difu.de

Neben der Gebührenhöhe gibt es noch verschiedene andere Überlegungen zu berücksichtigen. Preisstaffelungen sind aus umwelt- und sozialpolitischen Gründen sinnvoll und lassen sich sogar miteinander koppeln. Das Fahrzeuggewicht ist ein Faktor, der in der Regel deutlich mit der Fahrzeuggröße und den Emissionen korreliert. Für Haushalte mit niedrigem Einkommen sind diese Fahrzeuge meist zu teuer.

Preisstaffelungen wären auch räumlich differenziert denkbar. In manchen dicht bebauten Gründerzeitquartieren kommen auf eine Grundstückslänge von vier Pkw-Stellplätzen 30 – 40 Wohneinheiten. Preiswerte Bewohnerparkausweise verwalten in diesen Wohnquartieren nur den Mangel, steuern können sie nicht. Einige Kommunen kontingentieren deshalb bereits die Vergabe der Bewohnerparkberechtigungen (nur ein Ausweis pro Haushalt) oder geben nur so viele Berechtigungen aus wie Stellflächen im öffentlichen Raum verfügbar sind. Die Vergabe wird dann an ein Windhundverfahren oder eine Warteliste gekoppelt. Bei all den unterschiedlichen Verfahren gilt es natürlich immer den Verwaltungsaufwand mitzubedenken.

Nicht zu vergessen ist obendrein, wie eine Gebührenanhebung kommuniziert wird. Ein Preis von einem Euro pro Tag dafür, dass das Auto vor der Tür geparkt werden darf, ist – gemessen an den allgemeinen Kosten für ein Auto und den Preisschwankungen an der Tankstelle – eher akzeptabel als die Verkündung einer Verzehnfachung der Gebühr. Auch die Verwendung der Einnahmen kann über die Akzeptanz maßgeblich mitentscheiden. Verschwinden die Einnahmen im allgemeinen kommunalen Haushalt, steht der Vorwurf der Abzocke im Raum. Die Einnahmen könnten jedoch auch zweckgebunden zur Finanzierung von multimodalen Mobilitätsstationen, von verlässlicheren und komfortableren Bussen und Bahnen, für sichere Fuß- und Radwege oder zur Refinanzierung der Überwachung von Verkehrsregeln genutzt werden.

Deutlich wird, dass die Gebühr für einen Bewohnerparkausweis zukünftig von Kommune zu Kommune unterschiedlich hoch zu bemessen ist. Die Gebührenhöhe ist letztlich eine kommunalpolitische Setzung, die im Kontext stadt- und verkehrspolitischer Entwicklungsperspektiven getroffen werden sollte. Sie wird davon abhängen, welche verkehrspolitischen Maßnahmen aktuell umgesetzt werden (z.B. Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung, Ausbau der Radwegeinfrastruktur) und wie weit der Transformationsprozess einer Kommune im Hinblick auf die Verkehrswende fortgeschritten ist.

Aus verkehrspolitischer Sicht scheint in dichtbebauten Innenstädten ein Preis von 365 Euro pro Jahr oder 1 Euro pro Tag vertretbar zu sein. Gemessen am Marktwert der Fläche ist dieser Preis gering und dennoch hoch genug, um zum Nachdenken anzuregen, ob sich das sporadisch genutzte Auto noch rechnet. Höhere Gebühren für das Parken sind gerecht. Ging es den Städten in den 1980er-Jahren noch darum, wohlsituierte Familien am Umzug ins Umland zu hindern, hat sich dieser Trend inzwischen umgekehrt. Immer mehr zahlungskräftige Haushalte drängen mit ihren Pkw in die Stadt. Gleichwohl ist die Sorge unberechtigt, dass viele Städte nun schlagartig diesen Preis aufrufen. Bei Veränderungen, die in die Alltagsroutinen der Bevölkerung eingreifen, empfiehlt es sich, Zeit zur Anpassung zu gewähren. Eine moderate und schrittweise Erhöhung innerhalb eines definierten Zeitraums wäre ein guter Kompromiss.

Attraktiver öffentlicher Raum ist der Nährboden einer lebendigen und urbanen Stadt. Die Akzeptanz für höhere Parkgebühren steigt, wenn parallel Ideen und Konzepte zur Umgestaltung und Nachnutzung der gewonnenen Flächen erarbeitet und zügig umgesetzt werden. So wird die gewonnene Lebensqualität erlebbar.

zum Weiterlesen

Achtes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften
www.bit.ly/2EimFFq

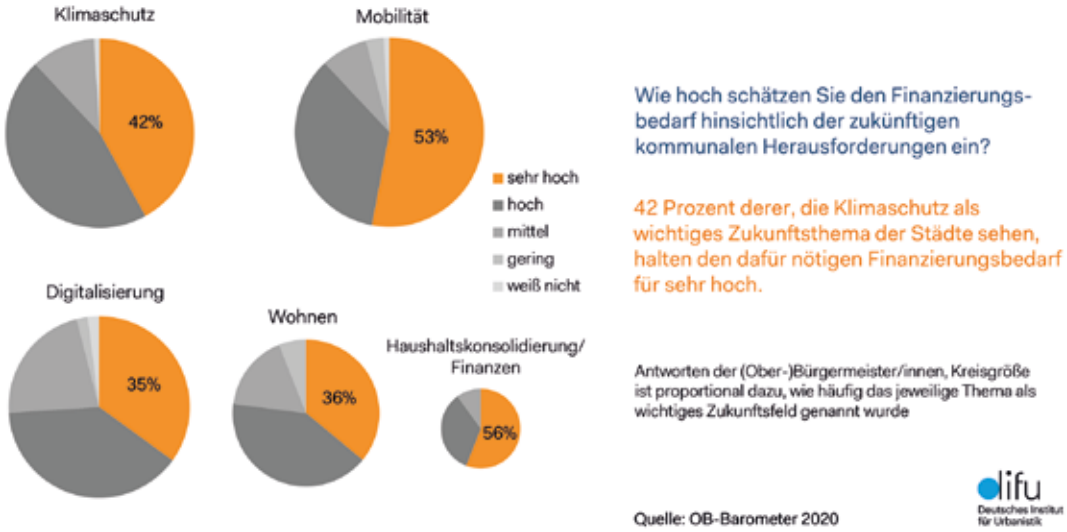
Notz, Jos Nino (2015): Öffentlicher Raum zum privaten Parken. Eine Analyse der Bereitstellung öffentlicher städtischer Straßenräume für ruhenden KFZ-Verkehr vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Anforderungen und institutioneller Rahmenbedingungen. Masterarbeit am Fachgebiet für Integrierte Verkehrsplanung; Technische Universität Berlin.

Bauer, Uta; Hertel, Martina; Sedlak, Robert (2019): Parkraummanagement lohnt sich! Leitfaden für Kommunikation und Verwaltungspraxis. (Hrsg.): Agora Verkehrswende, Berlin.
www.difu.de/12436

Bauer, Uta; Hertel, Martina; et al. (2018): Umparken – den öffentlichen Raum gerechter verteilen. Zahlen und Fakten zum Parkraummanagement. (Hrsg.): Agora Verkehrswende, Berlin.
www.difu.de/12248

Hoher Finanzierungsbedarf der Kommunen für Zukunftsaufgaben

Der Finanzbedarf der Städte ist durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie stark gestiegen. Die Difu-Städteumfrage „OB-Barometer 2020“ zeigt, dass vor allem mit den Bereichen Mobilität und Klimaschutz ein hoher Finanzierungsbedarf verbunden ist.



Zu den drängenden Herausforderungen, die die Städte vor Ausbruch der Corona-Pandemie beschäftigten, gehören die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, neue urbane Mobilität und der Klimaschutz. Dies geht aus der diesjährigen Difu-Städteumfrage hervor, die im Januar und Februar 2020 durchgeführt wurde und damit ein Meinungsbild vor der Corona-Krise wiedergibt. Das Thema kommunale Finanzen hat – unter den aktuellen Herausforderungen der Städte – nach einem merklichen Rückgang im Vorjahr in der diesjährigen Befragung wieder an Bedeutung gewonnen.

Die Stadtspitzen werden standardmäßig danach befragt, wie hoch sie den Finanzbedarf hinsichtlich zukünftig wichtiger politischer Themen einschätzen. Die Ergebnisse des diesjährigen „OB-Barometers“ bedürfen in Anbetracht der Ereignisse der letzten Monate einer kritischen Reflexion. Mit der Corona-Krise hat sich die kommunale Finanzlage und deren Einschätzung in kurzer Zeit dramatisch verändert. Es kommt einer Zäsur gleich, dass die meisten Kommunen statt mit Haushaltsüberschüssen und sinkender Verschuldung nun mit einbrechenden Einnahmen, wachsenden Ausgaben und einer wieder ansteigenden Verschuldung rechnen müssen. Dass dabei disponible Ausgaben, insbesondere nicht dringend notwendige Investitionen, auf dem Prüfstand stehen, ist wahrscheinlich. Jede zweite Kommune erwartet nach einer Umfrage unter den Kommunen des KfW-Kommunalpanels 2020, dass es zu einer Verschiebung von Investitionen innerhalb der Haushalte zugunsten „systemrelevanter“ Bereiche wie der Gesundheitsversorgung oder dem Katastrophenschutz in den Kommunen kommt.

Gleichwohl hat sich der Finanzierungsbedarf für die von den Stadtspitzen benannten Zukunftsaufgaben trotz und auch wegen Corona nicht verringert. Wenn etwa vor der Pandemie fast zwei Drittel der (Ober-)Bürgermeister*innen den Klimaschutz auf der Agenda der kommunalpolitisch wichtigen Zukunftsfelder sehen, dann kann dieser Befund auch nach Abflauen der Krise nicht gegenstandslos sein. Damit bleibt auch der notwendige Finanzbedarf zur Bewältigung dieser Aufgaben bestehen. Über die Gesamtheit der Städte hinweg ist insbesondere mit den Bereichen Mobilität und Klimaschutz ein hoher Finanzierungsbedarf verbunden. Für jede einzelne Stadt gestaltet sich die Situation unterschiedlich. So haben beispielsweise hoch verschuldete Kommunen unverändert die Herausforderung, überhaupt ihre Kernaufgaben bewältigen zu können und nur sehr beschränkte Möglichkeiten, notwendige Zukunftsinvestitionen zu tätigen. In solchen Kommunen führen bei der Frage nach ihrem Finanzierungsbedarf immer noch die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung und die dafür notwendigen Finanzmittel die Rangliste an.

Hintergrund

Das OB-Barometer des Difu ist eine jährlich durchgeführte Befragung der (Ober) Bürgermeister*innen deutscher Städte ab 50.000 EW – unterstützt vom Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund. Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen Telefonbefragung.

www.difu.de/15727

Dr. Busso Grabow
+49 30 39001-248
grabow@difu.de

Prof. Dr. Carsten Kühl
+49 30 39001-214
kuehl@difu.de

Kommunalfinanzen nach Corona: Ungleichheiten nehmen zu

Difu/ZEW-Studie: Krisenanfälligkeit und Widerstandsfähigkeit sind regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Ohne weitere gezielte Unterstützungsmaßnahmen wird sich die Schere zwischen reicheren und ärmeren Kommunen weiter öffnen.

Die Corona-Pandemie und der damit verbundene wirtschaftliche Abschwung treffen die deutschen Kommunen hart. Das Gewerbesteueraufkommen als Haupteinnahmequelle der Kommunen wird in diesem Jahr um rund 25 Prozent einbrechen. Wirtschaftszweige in Stadtzentren, wie die Gastronomie, Unterhaltungs- und Kulturbetriebe, aber auch der Tourismus in ländlichen Regionen trifft es besonders hart: Gerade in hier ist vermehrt mit Insolvenzen zu rechnen. In der Folge kommen auf die Kommunen steigende Sozialausgaben zu. Die erheblichen Einnahmenrückgänge im Jahr 2020 und in den Folgejahren werden den ohnehin schon hohen Investitionsrückstand von rund 149 Mrd. Euro weiter steigen lassen, da geplante Investitionen nicht mehr getätigt werden können. Diese Gefahr wird durch die aktuelle Unsicherheit über den Umfang der Entlastungen durch Bund und Länder in den Folgejahren noch verstärkt.

Zwischen den Kommunen bestehen dabei große Unterschiede in der ökonomischen Widerstandsfähigkeit und der Krisenanfälligkeit. Mit Blick auf den Beschäftigtenanteil in Krisenbranchen – Gastronomie, Unterhaltung, Tourismus und Einzelhandel – sind vor allem Kommunen und Landkreise in Bayern, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und im Saarland betroffen. Dies ist auf die große Bedeutung des Tourismus in den Urlaubsregionen im Süden und an den Küsten von Nord- und Ostsee zurückzuführen. In Rheinland-Pfalz sind hingegen regionale Cluster gefährdeter Industrien stark von der Krise getroffen. Die Kurzarbeit ist dadurch vorwiegend in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gestiegen. Kommunen, die bereits vor der Corona-Pandemie ökonomisch wenig widerstandsfähig waren, und nun eine hohe Krisenanfälligkeit erkennen lassen, werden deshalb große Schwierigkeiten haben, die Krise zu bewältigen und notwendige Investitionen zu tätigen. Betroffene Kommunen befinden sich dabei hauptsächlich in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie vereinzelt in Niedersachsen und Hessen.

Bund und Länder haben zwar mit dem Konjunkturpaket der besonderen Situation der Kommunen bereits Rechnung getragen. Allerdings beziehen sich die geplanten Maßnahmen vor allem auf eine Stabilisierung der kommunalen Finanzen im Jahr 2020. Das Konjunkturprogramm beinhaltet zudem auch keine regional passgenauen Antworten. Angesichts des erheblichen Investitionsstaus, der sich auf kommunaler Ebene bereits vor der Corona-Krise aufgebaut hat, ist es deshalb laut der im Auftrag des Deutschen Städtetages vom Difu und dem ZEW Mannheim erarbeiteten Studie von zentraler Bedeutung, ohnehin geplante Investitionen zu sichern, damit diese die notwendigen Wachstumsimpulse entfalten können. Dazu sollten die Mittel des Konjunkturpakets zum Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle von den Kommunen vornehmlich investiv genutzt werden. Zudem sind Bund und Länder in der Pflicht, hier geeignete Mechanismen zu erarbeiten. Gleichzeitig müssen die finanziellen Planungsunsicherheiten der Kommunen reduziert werden. Dazu könnten Bund und Länder zeitnah etwa ein Begleitprogramm für besonders krisengefährdete Kommunen vorbereiten, das eine möglichst zielgenaue Unterstützung ermöglicht. Allerdings sollte die Krise auch zum Anlass genommen werden, um eine grundsätzliche Lösung zu schaffen, damit gerade auch finanzschwache Kommunen nicht nur Investitionsmittel, sondern auch Ressourcen für das eigene Personal erhalten – so eine Handlungsempfehlung der Studie. Andernfalls ist zu erwarten, dass sich die Schere zwischen finanzschwächeren und finanzstärkeren Kommunen immer weiter öffnet. Dies stünde jedoch im Widerspruch zu dem im Grundgesetz postulierten Leitbild gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet.

www.difu.de/15722

Prof. Dr. Carsten Kühl
+49 30 39001-214
kuehl@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Stadtentwicklung in Coronazeiten – eine Standortbestimmung

Die Auswirkungen der Krise auf die kommunalen Finanzen sind entscheidend für die zukünftige Gestaltungskraft der Kommunen. Was heißt das für die Entwicklung unserer Städte? Eine Standortbestimmung.

Die Corona-Pandemie hat Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in kurzer Zeit in den Ausnahmezustand versetzt. Die wirtschaftlichen und fiskalischen Folgen schlagen natürlich auch – zum Teil besonders stark – auf die kommunale Ebene durch. Was heißt das für die Entwicklung unserer Städte? Gerade weil weiterhin Unsicherheit über Dauer und Ausmaß der Pandemie besteht, ist es nötig, die Schwerpunktsetzungen der Stadtentwicklung zu überprüfen.

Fast alle Prognosen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2020 gehen von einem Rückgang von über sechs Prozent aus und damit vom stärksten Einbruch des Sozialprodukts in der Geschichte der Bundesrepublik. Kommunale Steuereinnahmen leiden stark unter dieser Entwicklung. Für die aufkommensstärkste Steuer der Kommunen – die Gewerbesteuer – wird in 2020 ein Rückgang von rund 25 Prozent erwartet. Da Kommunen – im Gegensatz zu Bund und Ländern – auch in der Rezession nur unter restriktiven Bedingungen Kredite aufnehmen können, brauchen sie Unterstützung.

Jenseits der akuten Notstandsbewältigung gilt es, den Blick nach vorn zu richten. Stadtentwicklung bedarf angesichts der veränderten finanziellen Rahmenbedingungen einer Konsolidierung. In dem Maße, wie die kommunalen Haushalte weniger Mittel für Projekte der Stadtentwicklung zur Verfügung haben, müssen kurzfristig Entscheidungen darüber getroffen werden, ob die Prioritäten umsetzungsreifer Investitionsprojekte verändert und den knapperen Ressourcen angepasst werden. Wichtig ist, dass kurzfristig realisierbare Investitionen auch getätigt werden. Die Bereitschaft zur temporären öffentlichen Kreditfinanzierung ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die wirtschaftliche Stimulierung gelingt.

Es gilt, die gesteigerte Innovationsbereitschaft ohne Verkürzung von Abwägungs- und Aushandlungsprozessen zu nutzen. Die Corona-Krise erfordert deshalb mehr denn je eine gute Beteiligungskultur in den Städten. Neue Digitalformate eröffnen Chancen, diese weiter zu qualifizieren. Auch und gerade in der Krise wird deutlich: Kreativität und Engagement von Nachbarschaften in der Stadtgesellschaft bieten ein großes Potenzial zur nachhaltigen Entwicklung der Städte. Entscheidungsdruck darf nicht zum Verlust der Offenheit für Engagement aus der Stadtgesellschaft führen.

In einigen Bereichen hat die Corona-Krise den Handlungsdruck der Kommunen erhöht. Dies gilt in besonderem Maße für die Innenstädte, deren Funktionswandel sich durch zu erwartende Geschäftsaufgaben massiv beschleunigen wird. Auch die soziale Wohnraumversorgung wird als Folge der Pandemie zusätzliche Herausforderungen mit sich bringen. Schließlich zeigte die Pandemie, welch große Bedeutung einem ausreichenden Angebot an Grün- und anderen Freiräumen bei der wohnungsnahen Erholung zukommt. Das Konzept urbaner Dichte ist im Sinne einer doppelten oder sogar dreifachen Innenentwicklung zu denken. Urbanes Grün und eine neu gedachte Verteilung des öffentlichen Raums auf der Basis neuer Mobilitätskonzepte sind unverzichtbar. Die Städte sind gefordert und müssen handlungsfähig sein. Dies setzt eine ausreichende finanzielle Basis und die Bereitschaft zur Kreditaufnahme voraus. Vor allem müssen die in den letzten Jahren begonnenen Ansätze einer aktiven Liegenschaftspolitik konsequent weiterentwickelt und ausgebaut werden. Kommunale Investitionen in der Stadtentwicklung sind zugleich auch ein effektiver Motor zur schnellen Konjunkturbelebung. Denn die Kommunen tätigen über 50 Prozent der öffentlichen Investitionen. Das Konjunkturpaket des Bundes geht für die Kommunen – mit einigen Abstrichen – in die richtige Richtung, um aus dem konventionellen konjunkturpolitischen Dreiklang einen Vierklang im Sinne nachhaltiger Stadtentwicklung werden zu lassen: timely, targeted, temporary and transformative.

www.difu.de/15641

Prof. Dr. Carsten Kühl
+49 30 39001-214
kuehl@difu.de

Prof. Dr. Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de

Finanzierung des kommunalen Klimaschutzes

Difu veröffentlicht Themenheft zur Finanzierung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen. Die Publikation liefert praxisnahe Anregungen, die auch finanzschwachen Kommunen bei der Berücksichtigung des Klimaschutzes helfen können.

Die Dringlichkeit von Maßnahmen gegen die Klimakrise wächst auch in Zeiten von Corona täglich. Dabei ist das Erreichen der nationalen Klimaschutzziele zwangsläufig auch mit kommunalen Investitionen verbunden. Dazu zählen Maßnahmen zur Energieeinsparung genauso wie strukturelle Maßnahmen zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes. Die angespannte Haushaltssituation erschwert jedoch Investitionen in den Klimaschutz in vielen Kommunen nicht erst seit Beginn der Pandemie. Somit kommt es teils zu Konkurrenzsituationen zwischen Investitionen in den Klimaschutz und in andere investitionsbedürftige Bereiche. Vor dem Hintergrund knapper Kassen muss es in diesem Spannungsverhältnis gelingen, Synergien zu schaffen und die verfügbaren Finanzmittel klug einzusetzen, um zugleich dem Klimaschutz und anderen Bereichen, wie beispielsweise Erhalt und Umbau der städtischen Infrastrukturen, Rechnung zu tragen. Die Unterstützung durch die Verwaltungsspitze und deren Bekenntnis zum Klimaschutz ist dabei von großer Bedeutung. Entscheidungen und Beschlüsse können jedoch nur dann wirkungsvoll umgesetzt werden, wenn sie für eine effiziente ressortübergreifende Zusammenarbeit der Verwaltung nutzbar gemacht werden. In der vorliegenden Publikation werden sowohl Herausforderungen als auch Lösungen zur Finanzierung von Klimaschutz beziehungsweise für Investitionen in rentable Klimaschutzmaßnahmen auf kommunaler Ebene vorgestellt.

In ausführlichen Beiträgen und kurzen Exkursen von Expert*innen und Akteur*innen aus der Kommunalpraxis werden Beispiele präsentiert, die zeigen, wo Klimaschutz-Aktivitäten kurz- bis langfristige positive direkte oder indirekte finanzielle Effekte hervorbringen. Eins steht fest: Durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien können Finanzmittel, die die Kommune verlassen, verringert und solche, die in Kommune und Region verbleiben, erhöht werden. Dabei nehmen Kommunen eine Vorbildfunktion für Bürger*innen wahr. Sie stehen vor der Herausforderung, möglichst auch solche Klimaschutzaktivitäten durchzuführen, die sich nicht in direkten Kosteneinsparungen und besonders kurzen Amortisationszeiträumen für den eigenen Haushalt niederschlagen, die teils indirekt wirken und sich an das Verhalten der Bevölkerung richten. Eine klimaschonende zukunftsorientierte Steuerung der Ausgaben ist aber nicht nur für finanzstarke Kommunen wichtig. In finanzschwache Kommunen können durch Restriktionen seitens der Kommunalaufsichten der Länder, die die Investitionsentscheidungen der Kommunen prüfen und genehmigen, selbst rentabelste Klimaschutzmaßnahmen erschwert werden. Größere Spielräume von Seiten der Finanzaufsichten sowie finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder

würden es auch solchen Kommunen erleichtern, Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren, die mit großen Altschuldenlasten zu kämpfen haben und keinen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können.

In einer Publikationsreihe greift das Deutsche Institut für Urbanistik nach und nach anhand unterschiedlicher Themenhefte die Schnittstellen des kommunalen Klimaschutzes zu verschiedenen Handlungsfeldern auf. Es werden Ziele, Aufgaben und Inhalte des jeweiligen Themenbereichs aufbereitet und konkrete Erfahrungen aus der Praxis verschiedener Kommunen und Institutionen dargestellt. „Klimaschutz & Finanzen“ ist die 18. Ausgabe der Reihe und steht wie alle Vorgängerhefte zum kostenlosen Download zur Verfügung.

www.difu.de/15541

Dipl.-Geogr. Jan Walter
+49 221 340308-26
walter@difu.de

Dipl.-Geogr.
Björn Weber
+49 221 340308-10
bweber@difu.de

Kommunale Strategien für eine erfolgreiche Klima-Kommunikation

Wie kommuniziert man über den Klimaschutz und regt zugleich zum Handeln an? Ein neues Difu-Themenheft gibt praxisorientierte Impulse und wirft dabei den Blick auf Kampagnen, soziale Medien, kreative Wissensvermittlung und praxisnahe Bildungsarbeit.

Die Dringlichkeit von Klimaschutzaktivitäten ist vielen Menschen bewusst und wächst stetig. Ein Trugschluss liegt jedoch darin, dass mehr Wissen automatisch auch zu mehr „Klimahandeln" führt. Entscheidend ist daher nicht (nur) die Quantität, sondern insbesondere die Qualität der Informationsvermittlung: Sie muss motivieren und im Idealfall klimabewusstes Handeln auslösen. Kommunikation alleine kann dies nicht bewirken, denn vielfältige psychologische Faktoren und gesellschaftliche Normen haben einen großen Einfluss darauf, ob das Wissen über die „Klimakrise" Menschen zu konkretem Handeln motiviert. Dennoch sind zielgruppenorientierte, kreative und strategische Kommunikationsmethoden und das konsequente Vermitteln faktenbasierter Informationen zwingend notwendig, um Klimaschutz – auch in Kommunen – weiter erfolgreich voranzutreiben.

Städte, Gemeinden und Landkreise können als wirksame Multiplikatoren für den Klimaschutz agieren und Bürger*innen, Unternehmen oder Vereine ansprechen: Kommunen können Klimaschutz zum Thema machen. So tragen sie mit dazu bei, das „Klima-Mainstreaming" voranzutreiben und damit den Klimaschutzgedanken als wichtigen Bestandteil von Prozessen und Entscheidungen bei den Menschen vor Ort zu verankern. Welche Chancen sich durch eine strategisch gut durchdachte und kreative Kommunikationsarbeit für den kommunalen Klimaschutz ergeben und wie es gelingen kann, Akteur*innen vor Ort zu erreichen, zeigen ausgewählte kommunale Beispiele und Beiträge aus der Forschung im neuen Themenheft „Klimaschutz & Kommunikation": von kreativen Kampagnen über innovative Wissensvermittlung bis hin zu strategischer Social-Media-Arbeit und originellen Kommunikationsmaterialien.

In der Publikationsreihe „Themenhefte" greift das Difu nach und nach Schnittstellen des kommunalen Klimaschutzes zu verschiedenen Handlungsfeldern auf. Es werden Ziele, Aufgaben und Inhalte des jeweiligen Themenbereichs aufbereitet und anhand konkreter Erfahrungen aus der Praxis unterschiedlicher Kommunen, Institutionen und der Wissenschaft vorgestellt. Das Themenheft „Klimaschutz & Kommunikation" erscheint im Herbst.

www.difu.de/publikationen

Marco Peters, M.A.
+49 221 340 308-27
peters@difu.de

Multimediale Infos und Praxis-Tipps für den kommunalen Klimaschutz

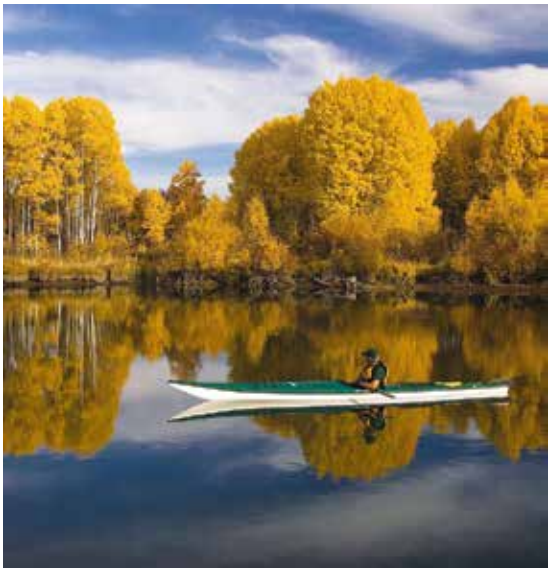
Mit drei neuen Online-Publikationen wird die #Klimahacks-Reihe des Difu um die Handlungsfelder Tourismus, Mitarbeitermotivation und Mobilitätsmanagement erweitert. Die Anleitungen richten sich vorrangig an Mitarbeitende der Kommunalverwaltungen.

Mit der Publikationsreihe #Klimahacks erhalten sowohl Einsteiger-Kommunen, die sich im Klimaschutz engagieren wollen, als auch erfahrene Klimaschutzmanager*innen ein interaktives „Flipbook“ mit Infos, Grafiken und Projektbeispielen sowie konkreten Anleitungen und Arbeitshilfen zu einem Schwerpunktthema.

Die dritte Ausgabe der #Klimahacks-Reihe widmet sich dem Thema „Klimaschutz & Tourismus“ und verdeutlicht, wie Kommunen mehr Einfluss auf den Klimaschutz im Tourismussektor nehmen können. Zum Beispiel können Kommunen gemeinsam mit dem gastgebenden Gewerbe Infrastrukturen schaffen und dafür werben, dass sich ein Urlaub auch ohne eigenen Pkw in ihrer Region lohnt. Verschiedene Arbeitshilfen, wie Checklisten, regen daher zur Vorbereitung und Umsetzung eines Projekts zum Thema „klimafreundlich unterwegs im Urlaub“ an. Ziel ist, eine Alternative zum Pkw aufzuzeigen sowie die Lebensqualität vor Ort zu erhöhen, am besten durch die Herausbildung eines Qualitätsmerkmals der Kommune oder Region, das im Einklang mit dem Klimaschutz steht.

Im Fokus der vierten #Klimahacks-Ausgabe steht die Kommunalverwaltung selbst. Verwaltungsmitarbeitende übernehmen als kommunale Klimabotschafter*innen eine Vorbildfunktion, wenn es darum geht, das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Um dieser Rolle gerecht zu werden, zeigt Ausgabe No. 4 prägnant und praxisnah, wie Kommunen ihre Mitarbeiter*innen zum Klimaschutz im Büroalltag motivieren können. Denn häufig können schon mit kleinen Verhaltensänderungen oder Effizienzmaßnahmen erhebliche Ressourcen eingespart werden. Der positive Nebeneffekt für die Kommune liegt auf der Hand: Wer weniger Strom, Heizenergie, Wasser oder Papier verbraucht, spart auch immer Kosten ein. Als Multiplikator*innen nehmen die Mitarbeitenden das Erlernte in den privaten Alltag mit und geben ihre Erfahrungen auf diese Weise an ihr Umfeld weiter.

Ganz aktuell erschienen ist #Klimahacks-Ausgabe No. 5, die sich mit dem kommunalen Mobilitätsmanagement befasst und anhand zahlreicher Informationen, Praxisbeispiele und Arbeitshilfen zeigt, wie Kommunalverwaltungen ihr betriebliches Mobilitätsangebot klimafreundlich gestalten können. Denn bisher ist das Privatfahrzeug oftmals noch das am meisten genutzte Verkehrsmittel. Im neuen „Flipbook“ wird daher eine Bandbreite von klimafreundlichen Maßnahmen vorgestellt, die von den Bereichen Dienstfahrzeugflotte und Parkraumbewirtschaftung über Radverkehrsförderung bis hin zur Bewusstseinsbildung reichen und als Anregung für die Kommunalverwaltungen dienen sollen.



Die digitalen „Flipbooks“ erreichen durch ihr multimediales Online-Format eine besonders hohe Leserfreundlichkeit. Interaktive Grafikelemente liefern detaillierte Informationen und verdeutlichen Arbeitsabläufe. Praxisnahe Videoclips sind direkt in das „Flipbook“ eingebettet. Jede Ausgabe enthält zudem eine Linkliste zu kommunalen Praxisbeispielen sowie zu anderen aktuellen Veröffentlichungen zum jeweiligen Themenschwerpunkt. Die #Klimahacks erscheinen im Rahmen des Difu-Projekts „Neue Impulse im kommunalen Klimaschutz (NIKK)“, das über die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums gefördert wird.

www.difu.de/12742

Paul Ratz, M.Sc.
+49 221 340 308-11
ratz@difu.de

Ulrike Vorwerk, M.A.
+49 221 340 308-17
vorwerk@difu.de

Moderne Stadtgeschichte: „Spaces of Fear – Angsträume“

Um Angsträume in Städte geht es in der neuen Ausgabe der Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte“. Die Beiträge beleuchten den Zusammenhang zwischen Emotion und Raum aus ungewöhnlichen, interdisziplinären Perspektiven.

Das Heft 2/2020 der „Modernen Stadtgeschichte“ (MSG) behandelt in seinem Themenschwerpunkt „Spaces of Fear – Angsträume“ Angst-Erfahrungen in europäischen Städten des 20. Jahrhunderts. Auch wenn das Heft schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie weitgehend fertiggestellt war, nehmen die Herausgeber Mikkel Høghøj (Univ. Aarhus) und Monika Motylinska (Erkner) in ihrer Einleitung auf die aktuelle Krise Bezug, um die Bedeutung von Verhaltensänderungen von Stadtbewohner*innen unter dem Eindruck angstbesetzter Emotionen herauszustellen. Dabei verweisen sie insbesondere auf die enge Verbindung solcher Emotionen mit der Materialität so unterschiedlicher Stadträume wie Verkehrsknotenpunkten, Luftschutzkellern oder Gated Communities. Die Aufsätze im Heft entfalten diese Thematik zunächst anhand der Erfahrungen von Berliner*innen während der Luftangriffe des Zweiten Weltkrieges, die Sabine Kalff (Berlin) im Hinblick auf die psychologischen und sozialen Dimensionen des wiederholten „Lebens im Keller“ rekonstruiert. Aleksandra Luczak (Frankfurt/Oder) untersucht angstbesetzte Blicke auf Bahnhöfen am Beispiel

der wechselhaften Geschichte des Warschauer Zentralbahnhofs und seiner Wahrnehmungsgeschichte von der ersten polnischen Republik ab 1918 über die deutsche Besatzung seit 1939 bis in die 1990er-Jahre hinein. Carla Assmans (Berlin) Beitrag „Die Straße war schuld“ zeigt, wie die intensiven Debatten in der deutschen Öffentlichkeit um die rapide wachsende Zahl schwerer Verkehrsunfälle seit den 1950er-Jahren zu „Sicherheitsdiskursen“ und zu Schuldzuweisungen führten, in denen die Gestaltung der Straßenräume von der Autolobby als zentrale Stellschraube propagiert wurde. Tim Verlaan (Amsterdam) verweist darauf, dass in den Debatten um die „Krise der Stadt“, Kriminalität und baulicher Verfall in Holland in den 1960er- und 1970er-Jahren die Sichtweisen von Expert*innen und Medien einerseits und Bewohner*innen von „Problemvierteln“ andererseits teilweise stark auseinandergingen. Die Leitrezension von Monika Motylinska behandelt die Monographie von Simone Tulumello: „Fear, Space and Urban Planning“ von 2016 als wichtigen Beitrag zur Rolle von Ängsten in der Stadtentwicklung und -planung.

In der thematisch offenen Rubrik „Forum“ berichtet Matthias Lieb (Darmstadt) über neuere Forschungen zum Wirken von Bürgergruppen und Kommunen im Bereich des städtischen Natur- und Umweltschutzes während der 1970er- und 1980er-Jahre am Beispiel der Städte Mainz und Wiesbaden. Georg Wagner-Kyora (Oldenburg) zeigt auf, wie der Begriff des „Wiederaufbaus“ von Stadtplaner*innen und Grundbesitzer*innen nach 1945 gezielt als Leitbegriff für ganz unterschiedliche Bauvorhaben und Interessen eingesetzt wurde. Markus Dellwig (Oberhausen) stellt ein Forschungs- und Ausstellungsprojekt zu Stadtentwicklung und Strukturwandel in Oberhausen vom 19. Jahrhundert bis heute vor.

Der anschließende Berichtsteil informiert über zurückliegende Tagungen zur neueren Stadtgeschichte. David Templin (Osnabrück) stellt die Ergebnisse einer Tagung in Hamburg zu öffentlichen Wahrnehmungen von Großsiedlungen der 1970er-Jahre vor, Annika Wienert (Warschau) berichtet über eine Tagung in Warschau zur Rolle von postmoderner Architektur für den politischen Wandel in Polen seit 1990. Georgios S. Ziafetas (Erlangen) informiert über eine Konferenz in Erlangen zu den Entwicklungslinien der Urbanisierung in der UdSSR und dem Ostblock seit 1917. Über Tagungen zur städtischen Umweltgeschichte in Aarhus sowie zu den Zusammenhängen von Lokal- und Globalgeschichte in Darmstadt berichten Mikkel Høghøj bzw. Sebastian Haumann (Darmstadt). Wie üblich rundet eine Vorschau auf kommende stadthistorische Konferenzen unter anderem mit Hinweisen zu Webseiten das Heft ab.

www.difu.de/15557

Prof. Dr.
Christoph Bernhardt
+49 3362-793-142
christoph.bernhardt@
leibniz-irs.de

Lasten-Nutzen-Ausgleich in der interkommunalen Zusammenarbeit

Antworten auf zentrale Fragen der Organisation interkommunaler Zusammenarbeit gibt die neue Broschüre „Region ist Solidarität". Die Publikation wurde im Forschungsprojekt „Lasten-Nutzen-Ausgleich in der interkommunalen Planung" erarbeitet.

Trotz der mittlerweile reichhaltig vorhandenen Erfahrungen und der breiten Palette möglicher Instrumente ist Kooperation über Gemeindegrenzen hinweg nach wie vor kein Selbstläufer. Vor Ort wird sie zumeist als nachrangige Strategie und Zusatzaufgabe wahrgenommen. Projektübergreifende und strategische Kooperation wird oft als schwierig bewertet, da sich der regionale Nutzen nicht in jeder der beteiligten Kommunen gleichermaßen einstellt und einzelne Kommunen wirtschaftlich-finanzielle Nachteile befürchten. Das bedeutet, dass neben der Organisation auch die Verteilung der Folgekosten eines interkommunalen Projekts zu thematisieren und transparent auszuhandeln ist, um Gewinn und Verzicht nicht nur mit dem Verweis auf das regionale Gemeinwohl oder fiktive Ressourceneinsparungen zu begründen. An der Stelle sind belastbare Lasten-Nutzen-Ausgleichsinstrumente zu implementieren.

Diese Überlegung griff das Forschungsteam im Auftrag der Landeshauptstadt München auf: Angesichts der vorhandenen Unsicherheit bezüglich der Instrumente und der Organisation möglicher Kooperationen in der Region München erarbeitete das mit dem Projekt beauftragte Difu eine Bestandsaufnahme und bewertete bestehende (planerische) Instrumente. Ein besonderer Fokus lag auf der Einschätzung der jeweiligen Eignung für ausgleichsorientierte Planungen und Maßnahmen. Dabei konnte an drei zurückliegende Regionalkonferenzen angeknüpft werden, die belegen, dass sich das Kooperationsklima in der Region München verbessert hat und eine „Koalition der Willigen" bereit ist, in der Zusammenarbeit neue Wege zu beschreiten.

In kompakten Steckbriefen wurden Antworten auf die wichtigsten Fragen zur Organisation einer interkommunalen Zusammenarbeit unter Anwendung von Lasten-Nutzen-Ausgleichsmechanismen zusammengestellt. Die Handlungsfelder, in denen sich im Großraum München ein dringlicher Bedarf für regionales Vorgehen abzeichnet, wurden gemeinsam mit bewährten Themen der interkommunalen Kooperation in insgesamt acht themenspezifischen Steckbriefen aufbereitet. Mögliche Organisationsformen und Planungsinstrumente wurden in weiteren zwölf Steckbriefen erläutert.

Die Ergebnisse sind in der Broschüre „Region ist Solidarität. Gerechter Ausgleich von Lasten und Nutzen im interkommunalen Dialog" zusammengefasst.

www.difu.de/15457

Dr. rer. pol.
Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Kommunale Bildungslandschaften für eine nachhaltige Entwicklung

Neue Difu-Sonderveröffentlichung gibt inspirierende Beispiele zur Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Kommunen und zeigt übergreifende Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei der Verankerung von BNE auf.

Kommunen kommt eine tragende Rolle bei der Transformation hin zu nachhaltigeren Gesellschaften zu. Wichtige Aspekte nachhaltiger Entwicklung finden lokal statt oder wirken sich maßgeblich lokal aus. Die „große Transformation" kann jedoch nicht nur durch Entscheidungsträger*innen gesteuert werden, sie muss von der gesamten Gesellschaft eingefordert, mitgetragen und mitgestaltet werden. Grundlegend dafür ist eine Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), die lebenslange Lernprozesse erfordert: BNE bezeichnet ein ganzheitliches und transformatives Bildungskonzept, das den globalen ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen begegnen soll, indem Lernende befähigt werden, auf verlässlichen Informationen basierte Entscheidungen zu treffen und verantwortungsbewusst zu handeln. Damit dieser Lernprozess lokal erfolgreich gestaltet werden kann, ist die Vernetzung und Kooperation diverser Akteur*innen wichtig: aus dem formellen und informellen Bildungsbereich mit der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft sowie mit Kommunalverwaltung und -politik bis zu strukturell verankerten „kommunalen Bildungslandschaften".

Im Kontext des Nationalen Aktionsplans zum UNESCO-Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung" (2015 bis 2019) beauftragte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Difu, anhand von zehn Fallstudien gute Praxisbeispiele für BNE in Kommunen aufzuzeigen. Hauptziel dabei war, systematisch fördernde und hemmende Faktoren für die Verankerung lokaler BNE-Aktivitäten herauszuarbeiten, um Kommunen künftig besser beim Aufbau und der Verstetigung von kommunalen BNE-Strukturen unterstützen zu können.

Die Difu-Fallstudien zeigten, dass dies ein individueller und spezifischer Prozess in der jeweiligen Kommune ist, für den es keine allgemeingültigen Vorlagen oder Muster geben kann. Dies gilt insbesondere für die jeweilige Ausformulierung von BNE-Zielen, -Konzepten und -Begrifflichkeiten, aber auch für die inhaltlichen Schwerpunkte auf unterschiedliche Nachhaltigkeitsthemen. Vor allem wirtschaftliche Themen, Integration und Inklusion, Digitalisierung sowie Gesundheit und Wohlbefinden scheinen in der konkreten Ausgestaltung vor Ort entweder noch deutlich hinter „klassischen" Umweltbildungsthemen zurückzuliegen, oder wurden von den beteiligten Akteur*innen nicht gezielt mit der BNE-Perspektive bearbeitet. Lokal sehr individuell waren auch die unterschiedlichen Rollen verschiedener kommunaler Akteursgruppen. Als Zielgruppen standen

Kinder und Jugendliche im Fokus. Bei der Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund oder sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen zeigten sich hingegen Defizite. Die formelle Verankerung von BNE in Kommunalverwaltung und -politik war zum Zeitpunkt der Untersuchung selbst in den untersuchten Vorreiter-Kommunen noch deutlich ausbaufähig: So waren etwa explizite BNE-Bezüge in Leitbildern oder in Monitoring- und Berichterstattungsprozessen sehr selten. Der Kommunikationsfluss und Wissenstransfer von Akteur*innen innerhalb der Kommunalverwaltungen und zwischen BNE-Akteur*innen aus unterschiedlichen Einrichtungen ist noch erweiterbar. Mit Blick auf die Erfolgsfaktoren der kommunalen Verankerung von BNE wurde deutlich, dass die Bereitstellung von Ressourcen vor allem in Form von expliziten Stellenanteilen und klaren Verantwortlichkeiten grundlegend ist. Voraussetzung sind politische Beschlüsse für den Aufbau einer BNE-Landschaft sowie die Unterstützung durch die Spitzen von Politik und Verwaltung.

Neben einer Fallstudien-übergreifenden Auswertung finden sich im Projektbericht diverse Beispiele guter Praxis aus den beteiligten Kommunen – sowohl auf der Ebene struktureller BNE-Maßnahmen, als auch Projekte inhaltlicher Art.

www.difu.de/13431

Dr. Jasmin Jossin
+49 30 39001-200
jossiin@difu.de

Dr.
Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Mietpreisbremse/ Mietendeckel

Begriffe aus der kommunalen Szene, einfach erklärt

Mietpreisbremse und Mietendeckel gehören zu den mietpreisregulierenden Instrumenten der Wohnungspolitik. Sie werden immer dann besonders intensiv diskutiert, wenn die Wohnungsmarktlage angespannt ist. Unter Bedingungen der Wohnungsknappheit führt der Nachfrageüberhang zur Steigerung der Mietpreise – was durch Regulierungen begrenzt werden soll. Die Eingriffe erfolgen mit dem Ziel, die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen.

Die Mietpreisbremse wurde als Bundesgesetz am 1. Juni 2015 eingeführt und am 14. Februar 2020 um weitere fünf Jahre verlängert. Die Bundesländer können eine Mietpreisbremse für angespannte Wohnungsmarktregionen per Rechtsverordnung beschließen. Im Regelungsbereich dürfen dann Neuvertragsmieten die ortsübliche Vergleichsmiete (Mietspiegel) nur um maximal zehn Prozent übersteigen.

Anders als die bundesgesetzlich geregelte Mietpreisbremse wurde ein Mietendeckel am 23. Februar 2020 im Land Berlin beschlossen. Damit wurde juristisches Neuland betreten – und es sind Klagen dazu vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig. Der Mietendeckel arbeitet mit drei Regulierungstatbeständen: Festgelegte Mietobergrenzen gelten bei Neuvermietungen. Mieten werden für fünf Jahre auf dem Stand vom 18. Juni 2019 „eingefroren“ – also Mietenstopp. Bestehende Mieten, die 20 Prozent über den Mietobergrenzen liegen, sind verboten und müssen abgesenkt werden.

Kritik an Mietpreisregulierungen bezieht sich meist darauf, dass diese an der Knappheit nichts ändern, sondern sogar Neubau verhindern würden. Beide Instrumente definieren aber dezidierte Ausnahmen für Neubauten (ab 2014) und grundlegend sanierte Wohnungen. Sie sind zudem zeitlich befristet und sollen vor allen das aktuell zu beobachtende Überschießen der Mietpreise eindämmen. Für eine langfristige Entspannung des Marktes kann nur eine deutliche Ausweitung des Angebots sorgen.

Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

So geht's
Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen
Uta Bauer (Hrsg.)
2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, 39 €
ISBN 978-3-88118-643-8, eBook 33,99 €

Vielfalt gestalten
Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten
Bettina Reimann, Gudrun Kirchhoff, Ricarda Pätzold, Wolf-Christian Strauss (Hrsg.)
2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos
ISBN 978-3-88118-618-6
www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten
Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume
Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.), 2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €
ISBN 978-3-88118-584-4

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung
Praxiserfahrungen aus acht Kommunen
Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €
ISBN 978-3-88118-579-0

Sicherheit in der Stadt
Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen
Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €
ISBN 978-3-88118-534-9, eBook 33,99 €

Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden
Von Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €
ISBN 978-3-88118-529-5

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch
Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €
ISBN 978-3-88118-508-0, eBook 33,99 €

Difu-Arbeitshilfen

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch
3. Auflage
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29 €
ISBN 978-3-88118-526-4

Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007
Muster, Tipps und Hinweise
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl u.a., 2011, 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35 €
ISBN 978-3-88118-498-4, eBook 29,99 €

Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch
A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €
ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

Verkehrswende nicht ohne attraktiven ÖPNV
Wie lassen sich große ÖPNV-Projekte erfolgreich umsetzen?
Jürgen Gies (Hrsg.)
Bd. 2/2020, zahlreiche Abb. und Fotos, 104 S., 18 €
ISBN 978-3-88118-648-3, eBook 15,99 €

Checkpoint Teilhabe
Kinder- und Jugendhilfe + BTHG – Neue ganzheitliche Lösungen entwickeln!
Veranstaltungsdokumentation Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“
Bd. 1/2020, 160 S., 20 Euro
ISBN 978-3-88118-653-7, eBook 16,99 €

Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?
Die lebenswerte Stadt: Handlungsfelder und Chancen
Von Tilman Bracher u.a., Bd. 2/2019, 68 S., 15 €
ISBN 978-3-88118-642-1, eBook 12,99 €

Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau
Evaluation „Planungsdialog Borgholzhausen“
Von Stephanie Bock, Jan Abt, Bettina Reimann
Bd. 1/2019, 98 S., 15 €
ISBN 978-3-88118-640-7, eBook 12,99 €

Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten
Fachtagungsdokumentation
M. Hertel, T. Bracher, T. Stein (Hrsg.)
Bd. 8/2018, 90 S., 15 €
ISBN 978-3-88118-625-4, eBook 12,99 €

Junge Flüchtlinge – Perspektivplanung und Hilfen zur Verselbstständigung
Veranstaltungsdokumentation Dialogforum (Hrsg.), Bd. 7/2018, 188 S., 20 €
ISBN 978-3-88118-626-1, eBook 16,99 €

Neue Konzepte für Wirtschaftsflächen
Herausforderungen und Trends am Beispiel des Stadtentwicklungsplanes Wirtschaft in Berlin
Von S. Wagner-Endres u.a.
Bd. 4/2018, 84 S., 15 €
ISBN 978-3-88118-614-8, eBook 12,99 €

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten
Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern und Mikro-Hubs, W. Arndt und T. Klein (Hrsg.)
Bd. 3/2018, 96 S., eBook 12,99 €

Difu-Papers

Altersarmut in Städten NEU
Kommunale Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten. Von Beate Hollbach-Grömig u.a.
2020, 56 S., 5 €, eBook 3,99 €
www.difu.de/15789

Kommunale Wirtschaftsförderung 2019
Strukturen, Aufgaben, Perspektiven: Ergebnisse der Difu-Umfrage
Von Sandra Wagner-Endres
2020, 42 S., 5 €, eBook 3,99 €
www.difu.de/15617

Dialogbrücken im Stromnetzausbau
Die Mitwirkung von Kommunen an der Öffentlichkeitsbeteiligung am Beispiel Thüringen
Von Bettina Reimann u.a.
2020, 48 S., 5 €, eBook 3,99 €,
www.difu.de/13365

ÖPNV-Infrastruktur: Modell der Nutznießerfinanzierung
Von Oliver Mietzsch
2020, 40 S., 5 €, eBook 3,99 €
www.difu.de/13158

Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme
Von Jens Libbe und Roman Soike
2017, 28 S., 5 €, eBook 3,99 €
www.difu.de/11741

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen
eBooks: http://difu.ciando-shop.com/info/einside/ – Info für Zuwender: www.difu.de/12544

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,
Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwender auch digital.

Sonderveröffentlichungen
(teilweise auch/nur als Download)

Emissionen sparen, Platz schaffen, mobil sein NEU
Handlungsleitfaden City2Share
Uta Bauer, Thomas Stein, Victoria Langer (Hrsg.)
2020, 72 S., Printversion und Download kostenlos, in Vorbereitung
www.difu.de/publikationen

Spielräume für Investitionen finanzschwacher Kommunen in Klimaschutzmaßnahmen NEU
Vergleichende Analyse der haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen in den Bundeländern
Von Henrik Scheller
2020, 19 S., nur online, in Vorbereitung
www.difu.de/publikationen

Managing E-Scooter-Rentals in German Cities: A Check-Up NEU
Von Rachel Nadkarni
2020, 30 S., nur online, in Vorbereitung
www.difu.de/publikationen

Wirkungsvolle Suchtprävention vor Ort NEU
8. Wettbewerb Kommunale Suchtprävention. Oktober 2019 bis Juni 2020
Difu (Hrsg.), BZgA (Förderer), i.A. des Bundesministeriums für Gesundheit
2020, 104 S., nur online (Printversion nur bei der BZgA erhältlich)
www.difu.de/15788

Ein anderer Stadtverkehr ist möglich NEU
Neue Chancen für eine krisenfeste und klimagerechte Mobilität
Von Uta Bauer u.a., Hrsg. Agora Verkehrswende
2020, 52 S., nur online
www.difu.de/15745

„Gute Governance" für gesellschaftliche Integration NEU
Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe in Klein- und Mittelstädten
Von Thomas Franke, Ricarda Pätzold, Bettina Reimann
2020, 56 S., Printversion und Download kostenlos
www.difu.de/15791

Einblicke NEU
Die Jahre 2018/2019 im Difu
Difu (Hrsg.), 68 S., nur online
www.difu.de/15629

#Klimahacks No. 5: Mach Dein Projekt zu kommunalem Mobilitätsmanagement NEU
Eine Anleitung für mehr Klimaschutz
Difu (Hrsg.), 2020, 8 S., nur online
www.difu.de/15663

Stadtentwicklung in Coronazeiten NEU
Von Arno Bunzel und Carsten Kühl
2020, 36 S., nur online
www.difu.de/15641

Energie- und CO_2-Bilanz als wirksames Instrument für Klimaschutz in Kommunen NEU
Difu (Hrsg.), 2020, 7 S., nur online
www.difu.de/15572

Klimaschutz in finanzschwachen Kommunen NEU
Potenziale für Haushaltsentlastungen, lokale Wertschöpfungseffekte sowie alternative Finanzierungsansätze kommunaler Klimaschutzmaßnahmen
Von Henrik Scheller u.a.
2020, 166 S., nur online
www.difu.de/15564

Blau-grün-graue Infrastrukturen vernetzt planen und umsetzen NEU
Ein Beitrag zur Klimaanpassung in Kommunen
Jan-Hendrik Trapp, Martina Winker (Hrsg.)
2020, 149 S., nur online
www.difu.de/15415

#Klimahacks No. 4: Mach Dein Projekt zu Mitarbeitermotivation in der Verwaltung
Eine Anleitung für mehr Klimaschutz NEU
Difu (Hrsg.), 2020, 8 S., nur online
2020, 4 S., nur online
www.difu.de/15544

Stadt und Krise – Gedanken zur Zukunft NEU
Berichte – Das Magazin des Difu, Sonderheft
2020, 36 S., nur online
www.difu.de/15533

Quartiersebene als Infrastrukturverbund – Klimaschutzpotenziale und Synergien mit dem Umweltschutz NEU
Von Robert Riechel
2020, 48 S., nur online
www.difu.de/15478

KfW-Kommunalpanel 2020 NEU
Von Henrik Scheller u.a.
2020, 36 S., nur online
www.difu.de/15465

Ausgezeichnete Praxisbeispiele 2019 NEU
Klimaaktive Kommune 2019. Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Difu
Difu (Hrsg.), 2020, 84 S., nur online
www.difu.de/15468

Region ist Solidarität NEU
Gerechter Ausgleich von Lasten und Nutzen im interkommunalen Dialog
Von Stephanie Bock u.a.
2020, 99 S., nur online
www.difu.de/15457

OB-Barometer 2020
Busso Grabow, Carsten Kühl (Hrsg.)
2020, 4 S., nur online
www.difu.de/15727

Klimaschutz & Finanzen
Kommunen investieren in eine lebenswerte Zukunft
Difu (Hrsg.), Jan Walter (Bearb.)
2020, 72 S., nur online
www.difu.de/15541

Städtebaulicher Denkmalschutz 2009 – 2015
Zwischenevaluierung des Städtebauförderungsprogramms
Von Daniela Michalski und Franciska Frölich v. Bodelschwingh, BBSR (Hrsg.)
2020, 126 S., nur online
www.difu.de/15399

Bürgerinnen und Bürger an der Verkehrswende beteiligen
Erkenntnisse, Erfahrungen und Diskussionsstand des Städtenetzwerktreffens aus dem laufenden BMU-Forschungsprojekt „City2Share" und kommunaler Umsetzungspraxis
Thomas Stein, Uta Bauer (Hrsg.)
2020, 36 S., nur online
www.difu.de/15562

Klimaschutz in Kommunen
Praxisleitfaden. 3. Aufl.
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2018, 454 S., nur online
ISBN 978-3-88118-585-1
www.difu.de/11742

Zeitschrift

Spaces of Fear – Angsträume
Moderne Stadtgeschichte
MSG, Halbjahresschrift, Heft 1/2020, 184 S.
Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 €

Stadt und Vergnügen
Moderne Stadtgeschichte
MSG, Halbjahresschrift, Heft 2/2019, 152 S.
Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 €

Dokumentationen

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen
Rita Gräber (Bearb.), 2019, 174 S.
Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €
www.difu.de/13161

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung
Christine Bruchmann, Jan Treibert (Bearb.)
2019, 212 S.
Einzelband 36,40 €, Jahresabo 28 €
www.difu.de/13162

Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Städte, Verbände und Planungsgemeinschaften

Wichtigste Kooperationspartner des Instituts sind seine Zuwender. Dies sind Städte, aber auch Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Durch die enge Kooperation mit ihnen sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse auf allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung, moderiert den kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet umfangreiche Serviceleistungen an:

Persönliche Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Zuwendungsstädten und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

www.difu.de/12807

Fortbildung

Ob vor Ort oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwenderschaft besonders: Für Zuwender gelten stark reduzierte Seminarbeiträge

www.difu.de/6263

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwender werden vom Difu z.B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Kostenbeteiligungen an Studien sind für Zuwender günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand.

www.difu.de/projekte

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßige Treffen an – teilweise exklusiv für Zuwender.

www.difu.de/6263

24-Stunden-Zugang gratis in die Difu-Datenbanken

Die Online-Recherchen in der Difu-Literaturdatenbank ORLIS ist nur für Zuwender kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Literatur – teilweise im Volltext.

www.difu.de/37

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwender zur Verfügung: Ergebnisberichte über Difu-Fortbildungen samt „virtueller“ Tagungsmappe, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Zuwender können sich zudem über Neuerscheinungen exklusiv per RSS-Feed informieren lassen.

www.difu.de/43

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwender erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwender Publikationen auch als PDF oder eBook an, grundsätzlich kostenfrei. PDFs können direkt im Extranet heruntergeladen werden, eBooks z.B. über den Ciando-Shop:

Publikationen: www.difu.de/publikationen
eBook-Bezug: www.difu.de/12544
eBook-Shop: http://difu.ciando-shop.com/

Ausführlichere Infos über Zuwender-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

www.difu.de/6207

Sybille Wenke-Thiem
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Difu-Beitritt und Zuwender
+49 30 39001-208/209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann
Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Susanne Plagemann M.A.
Internet/Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von
Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) unter Mitarbeit von Vera Gutofski, Dr. Sinje Hörlin, Johannes Maximilian Holz, Luisa Sophie Müller

Grundgestaltung/CD
3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout
Vera Gutofski

Fotos
S. 16: Christine Grabarse
Fotos ohne Angabe: www.pixabay.com bzw. www.unsplash.com. Herzlichen Dank an alle Fotografierenden sowie an die Plattformen für die kostenfreie Bereitstellung!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler
Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208
Fax +49 30 39001-130
presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise
Jahrgang 46/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 5.10.2020

Druck
oeding print GmbH, Braunschweig.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.
Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft.
100 Prozent PEFC.

Weiterverwendung der Texte:
Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link/-PDF an die Difu-Pressestelle erbeten.

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Magazin Berichte
Vierteljährlich informiert das Difu-Magazin Berichte u.a. über Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue Publikationen, neue Projekte und Veranstaltungen.

Informiert sein, Umwelt schonen Platz sparen: herzlichen Dank dafür!
Die Berichte gibt es auch digital. Das Online-Archiv reicht zurück bis zum Heft 1/1996. Der Umstieg auf die papierlose Version hat viele Vorteile: Umwelt schonen, Platz sparen, früher informiert sein – und das Difu von den Portokosten entlasten. Der Wechsel ist einfach: E-Mail-Adresse eintragen und absenden. Sie erhalten eine Bestätigung per Mail. Senden Sie anschließend einfach eine kurze Mail an presse@difu.de und teilen uns mit, welche bisherige Postadresse wir dafür streichen dürfen. Beim Erscheinen eines neuen Hefts erhalten eAbonnent*innen eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das Online-Abo erhalten sie das Heft sogar ca. zwei Wochen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da Druck- und Versandzeiten entfallen. Das Archiv ist stets auf der Difu-Homepage zu finden:
www.difu.de/15194 (eVerteiler)
www.bit.ly/3bYGTiP (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“
Alle zwei Wochen informiert der kostenfreie E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über interessante neue Inhalte auf der Difu-Homepage.
www.difu.de/newsletter

RSS-Feeds
Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Publikationen, Projekten, Ausschreibungen
www.difu.de/15162

Veröffentlichungen
Viele Publikationen stehen kostenlos zum Download auf der Difu-Homepage zur Verfügung. Andere können als Printexemplare oder eBooks käuflich erworben werden.
www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie
Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ an, die sich bei jedem Termin mit einem anderen aktuellen Thema zur Zukunft der Städte befasst.
www.difu.de/veranstaltungen

Facebook und Twitter
Über Facebook und Twitter postet das Difu aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut bzw. zu allen kommunal relevanten Themen.
www.facebook.com/difu.de
www.twitter.com/difu_d

Presseverteiler
Die Pressemitteilungen informieren über medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.
www.difu.de/13168

Bildcollage: Difu

Die Verkehrswende gemeinsam mit den Bürger*innen vollziehen

Kommunikation und Beteiligung sind für das Gelingen kommunaler Verkehrsprojekte zentral. Wie diese zielgerichtet gestaltet werden können, zeigen gute Beispiele und aktuelle Erfahrungen aus dem Forschungsprojekt City2Share.

Die Verkehrswende ist in vielen deutschen Städten eines der bestimmenden Themen. Statt mit dem privaten Pkw sollen die Menschen mehr zu Fuß, mit dem Rad, mit Bussen und Bahnen und ergänzend mit „geteilten Mobilitätsangeboten" unterwegs sein. Der Verzicht auf den eigenen Pkw oder den nahezu kostenfreien Parkplatz vor der Haustür verändert jedoch eingespielte Mobilitätsroutinen – und verunsichert viele. Der Wandel vollzieht sich deshalb nicht ohne Bedenken der Verwaltung und Proteste der Gewerbetreibenden sowie der Bevölkerung. Daher wird in Kommunen kaum noch ein größeres Projekt ohne Beteiligung der Bürger*innen geplant. Zusätzlich nehmen Nutzungskonflikte mit dem steigendem Verkehrsaufkommen zu – die Komplexität der Planungs- und Kommunikationsprozesse steigt. Dabei äußern sich Autofahrende oft lautstärker als die „schweigende Mehrheit", die zu Fuß, mit dem Rad oder öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist.

Daher lag in dem vom Bundesumweltministerium geförderten Forschungsprojekt City2Share in der Stadt München während der Projektlaufzeit von 2016 bis 2020 ein besonderer Schwerpunkt auf Beteiligungs- und Kommunikationsmaßnahmen. Sie sollten die quartiersbezogenen (Umbau-) Maßnahmen begleiten. Kernelement des Projekts war der Bau von Mobilitätsstationen in den beiden Modellstädten Hamburg und München. Besonders die Mobilitätsstation am Münchener Zenettiplatz wurde intensiv durch Beteiligungs- und Kommunikationsmaßnahmen begleitet.

In einer neuen Publikation werden die Erfahrungen aus dem City2Share-Projekt sowie andere beispielhafte kommunale Projekte dokumentiert. Zentrale Fragen sind u.a.:

- Mit welchen Verfahren können kontroverse Positionen zu Wort kommen und zugleich unversöhnliche Konfrontationen vermieden werden?
- Welche Rolle spielen temporäre Projekte?
- Wie lässt sich der Gewinn einer „anderen" Aufteilung des Straßenraums erlebbar machen?
- Und welche Konflikte gilt es auszuhalten?

Diese Fragen wurden intensiv im projektbegleitenden Städtenetzwerk diskutiert und samt Diskussionsergebnissen in der Publikation

Foto: Johann-Christian Hannemann/raumzeug, CC BY-SA 4.0, 2019

zusammengefasst. Neben den Praxiserfahrungen am Münchner Zenettiplatz zeigen die Erfahrungen mit temporären Maßnahmen u. a. aus dem Hamburger Projekt „Ottensen macht Platz" oder den Münchener „Sommerstraßen", wie quartiersbezogene Verkehrsberuhigung umgesetzt und welche Verfahren sinnvoll einzusetzen sind. Thematisiert wird auch die Berliner „Sommerflotte", bei der Interessierte während eines Testzeitraums den privaten Pkw gegen die kostenfreie Nutzung verschiedener geteilter Mobilitätsangebote eintauschen. Ziel solcher „Interventionen" ist es, den Menschen zu ermöglichen, ihr Wohnumfeld als attraktiven Aufenthalts- und Bewegungsort zu erleben – ohne Einschränkungen durch fahrende oder parkende Kfz.

Neben den Praxisbeispielen wurden insbesondere Einsatzmöglichkeiten von Methoden für eine erfolgreiche Beteiligung der Bürger*innen diskutiert und erläutert, wie es gelingt, in öffentlichen Beteiligungsverfahren alle relevanten Perspektiven sehr heterogener Gruppen von Beteiligten gleichberechtigt einzubeziehen.

www.difu.de/15562

Geograph, M.A.
Thomas Stein
+49 30 39001-181
stein@difu.de

Dipl.-Geogr.
Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Victoria Langer, M.Sc.
+49 30 39001-257
langer@difu.de

Sondernutzungsgenehmigungen für E-Tretroller-Verleihsysteme

Seit gut 15 Monaten sind in vielen Kommunen kommerzielle E-Tretroller-Verleihsysteme im Einsatz. Welche Trends zeichnen sich ab und welche Optionen gibt es, um unerwünschte Entwicklungen zu vermeiden? Bieten Mikromobilitätsvereinbarungen hier eine Lösung?

Ein Jahr nach der Einführung der Elektrokleinstfahrzeugeverordnung existieren in 45 deutschen Städten E-Tretroller-Angebote. Der für Deutschland, Österreich und die Schweiz zuständige Manager der Firma VOI Claus Unterkircher sagt, dass Städte mit mehr als 100.000 Einwohnenden gute Märkte für den E-Tretrollerverleih sein können. In Deutschland gibt es 79 Städte dieser Größenordnung, daher ist der Markt für den E-Tretrollerverleih derzeit erst zur Hälfte erschlossen.

Mit Blick auf rechtliche Aspekte der Nutzung wird oft über die Frage nach Sondernutzungsgenehmigungen für E-Tretroller-Verleihsysteme diskutiert.

Foto: Rachel Nadkarni

Bisher stellen nur drei deutsche Städte Sondernutzungsgenehmigungen aus: die Freie Hansestadt Bremen, die Landeshauptstadt Düsseldorf und die Stadt Leipzig. Viele deutsche Städte betrachten Sondernutzungsgenehmigungen bisher jedoch nicht als Lösungsoption. Dies ist auch auf Rechtsunsicherheiten zurückzuführen, basierend auf einer Rechtsprechung des VG Hamburg aus dem Jahre 2009. Die drei oben genannten Städte sehen hingegen keinen Konflikt zwischen der Hamburger Rechtsprechung und der Steuerungsmöglichkeit durch Sondernutzungsregelungen.

Die Rechtsprechung aus dem Jahr 2009 beschäftigt sich größtenteils mit Werbetafeln auf Fahrrädern eines Fahrradverleihsystems sowie der Frage, ob die Fahrräder in erster Linie einem Verkehrs- oder einem Werbezweck dienen. Laut Interpretation der Städte Bremen, Düsseldorf und Leipzig lässt das Gerichtsurteil genügend Raum zur Erteilung einer Sondernutzungsgenehmigung mit dem Schwerpunkt der Straßennutzung. Das Thema Werbung steht jedoch im Zusammenhang mit E-Tretrollern nicht zur Diskussion; stattdessen liegt das Hauptaugenmerk auf der zu vermeidenden Behinderung von zu Fußgänger*innen, Radfahrenden und insbesondere von Menschen mit Mobilitätseinschränkung (Rechtsprechung VG Hamburg, 31.03.2009 – 4 K 2027/08).

Sondernutzungsgenehmigungen sind meist auf Sharing-Mikromobilitätsangebote zugeschnitten und ähneln sehr den freiwilligen Selbstverpflichtungen, die in den meisten Städten genutzt werden. Ihr Vorteil gegenüber Selbstverpflichtungen ist, dass sie Städten im Fall eines Verstoßes den Zugriff erleichtern, auch wenn die Zusammenarbeit zwischen Städten und E-Tretroller-Anbietenden bis jetzt meist reibungslos verlief. Sowohl Bremen als auch Düsseldorf verzeichnen Erfolge mit ihren Genehmigungen. Beide Städte haben für E-Tretroller- und Fahrradverleih-Angebote Sondernutzungsgenehmigungen implementiert. Die Stadt Leipzig arbeitet direkt mit den Leipziger Verkehrsbetrieben als Sondernutzer und schreibt ausschließlich stationsbasierte Mikromobilität vor. Die Verkehrsbetriebe haben kurz vor der Coronakrise mit einem Ausschreibungsprozess begonnen, um einen E-Tretroller-Anbietenden zu finden, was den Findungsprozess erschwerte. Sie bietet nun zunächst nur ein Fahrradverleihsystem an.

Die Entscheidung, ob eine Sondernutzungserlaubnis oder eine freiwillige Selbstverpflichtung sinnvoller sind, sollte von lokalen Faktoren abhängen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem zu erwartenden Konfliktniveau, das durch die auf dem Bürgersteig geparkten Fahrzeuge entstehen kann, wenn zu Fuß Gehende sich beeinträchtigt fühlen und die kommunale Kapazität zur Überwachung nicht ausreicht. Unabhängig vom gewählten Weg sollten Städte grundsätzlich ihre Einflussmöglichkeiten nutzen, um die im öffentlichen Interesse erzielbaren Ergebnisse dieser Angebote auszuweiten. Dies kann geschehen, indem sie darauf hinwirken, dass die Anbieter ein breiteres Kundenspektrum sowohl in Bezug auf Reichweite als auch auf Tarifmodelle ansprechen und weiterhin Innovationen für einen nachhaltigeren Betrieb entwickeln.

www.difu.de/15826

Rachel Nadkarni
Bundeskanzlerstipendiantin am Difu seit November 2019

Dipl.-Geogr. Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

Urbane Xtopien – Zukunftsfreiräume

Forschungsverbund unter Difu-Leitung lädt Menschen ein, über Freiräume der Zukunft nachzudenken.

Urbane Xtopien – Zukunftsfreiräume

www.difu.de/13424

Dr. Jasmin Jossin
+49 30 39001-200
jossin@difu.de

Wie kann man Menschen befähigen, einen reflektierten eigenen Standpunkt dazu auszuformulieren, wie wir oder künftige Generationen in der Stadt der Zukunft leben wollen – oder auch nicht leben wollen oder sollten? Um eine neue, sinnstiftende Debatte über verschiedenartig mögliche Zukünfte anzustoßen, werden im Forschungsprojekt ‚Xtopien' als innovative Werkzeuge entwickelt. Xtopien sind zum einen inhaltliche Produkte, die auf den urbanen Freiraum bezogene Utopien und Dystopien – etwa technologischer, ökologischer oder gesellschaftlicher Art – kombinieren und integrieren. Zum anderen sind sie methodische Werkzeuge, welche die Inhalte mittels geeigneter, aktiv einbeziehender Formate in die praktische Anwendung überführen. Ihr übergreifendes Ziel ist es, den gedanklich-emotionalen Zugang zu möglichen Zukünften zu erleichtern: die Fähigkeit, sich in Zukunftsvorstellungen hineindenken und -fühlen zu können, diese zu analysieren, neue eigene Visionen auszuformulieren und wiederum kritisch zu reflektieren. Im Rahmen eines „Jahres der Xtopien" realisiert und evaluiert das Projektteam gemeinsam mit lokalen städtischen Akteur*innen exemplarische Xtopien als Interventionen an mehreren Standorten. Auf Grundlage der Praxistests werden die Xtopien anschließend überarbeitet und anderen interessierten Städten und Organisationen zur Anwendung zur Verfügung gestellt.

Das Forschungsprojekt „Urbane Xtopien – Freiräume der Zukunft" wird von der Robert Bosch Stiftung gefördert. Der Forschungsverbund besteht aus sieben Partner*innen, unter anderem dem Karlsruher Institut für Technologie, der Transition Town Eberswalde und der Westfälischen Hochschule. Das Difu leitet den Verbund gemeinsam mit der Universität Kassel.

Gehemmte Investition

Wie gelingt es, Investitionsvorhaben in Kommunen trotz Fachkräftemangels und anderer Hemmnisse zeitnah umzusetzen?

Foto: Christine Grabarse

Vor über zehn Jahren startete das Difu jährlich eine Umfrage unter rund 2.500 Kämmereien zum wahrgenommenen Investitionsrückstand. Der Rückstand stieg beständig und die Lücke zwischen geplanten und tatsächlich getätigten Investitionen der Kommunen hat sich merklich vergrößert. Offenbar stößt die Investitionstätigkeit der Kommunen an eine „gläserne Decke". Obwohl mehr Geld im System ist, können die Kommunen es nicht so schnell verbauen. Doch wie entstehen diese nicht ausgeschöpften Investitionspotenziale bei gleichzeitig steigendem Investitionsbedarf sowie positiver haushaltswirtschaftlicher Gesamtentwicklung der öffentlichen Hand?

Das Difu wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung im Verbund mit dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung mit der Durchführung einer Studie beauftragt, um „nicht-monetäre" Hemmnisse der öffentlichen Investitionstätigkeit zu untersuchen. Ziel ist es herauszufinden, inwieweit die Kapazitätsauslastung des Baugewerbes, ein Fachkräftemangel in den Kommunalverwaltungen sowie komplexe Genehmigungsverfahren und Standards Investitionsaktivitäten von Kommunen beeinträchtigen. Betrachtet werden zudem Beteiligungsverfahren bei größeren Infrastrukturvorhaben, die oft pauschal als projektverzögernd kritisiert werden. Diese verschiedenen Themenfelder werden mit Hilfe eines Methodenmixes aus statistischen Auswertungen, Interviews und einer Online-Umfrage bearbeitet. Bei der Entwicklung von Handlungsempfehlungen werden auch mögliche Zielkonflikte durch eine Abwägung von Vor- und Nachteilen betrachtet. Außerdem gilt es, die veränderten Rahmenbedingungen in Folge der Corona-Pandemie zur berücksichtigen.

Gehemmte Investition

www.difu.de/projekte

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Stromnetzausbau vor Ort

Neues Forschungsvorhaben beleuchtet die Rolle von Kommunen bei der Öffentlichkeitsbeteiligung.

Der mit der Energiewende verbundene (Aus-) Bau der notwendigen neuen Infrastrukturen greift unmittelbar in kommunale Räume ein. In den Kommunen wird sich entscheiden, ob dieser Teil der Energiewende gelingt. Denn die konkrete Umsetzung der Maßnahmen – der Bau von Windrädern oder Stromtrassen – polarisiert vielerorts die Menschen, die mit Ablehnung, Protest oder Zustimmung reagieren. Viele Städte, Gemeinden und Landkreise geraten deshalb im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Netzausbau in ein bisher kaum beachtetes Spannungsfeld: Sie sind angehalten, ihren Beitrag zu einer nationalen Planung zu leisten, müssen jedoch häufig mit vehementen Protesten vor Ort umgehen. Oft werden die Kommunen erst dann wahrgenommen, wenn sie Planungen vor Ort ablehnen oder gar aktiv blockieren.

Das Forschungsvorhaben untersucht die Frage, ob, und wenn ja, wie Kommunen als Dialogbrücken zwischen unterschiedlichen Interessen darauf einwirken, dass die Energiewende in ihrer lokalen Umsetzung Erfolg hat. Das Projekt will Wege aufzuzeigen, wie Städte, Gemeinden und Landkreise als verantwortungsvoll wirkende Akteure für den Um- und Ausbau des Stromnetzes gestärkt werden können. Ein besonderer Fokus liegt auf ihrer Rolle bei der Öffentlichkeitsbeteiligung.

Das Difu bearbeitet das zweijährige Vorhaben, das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) gefördert wird, gemeinsam mit dem Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI) und dem Büro Die Gesprächspartner sowie unter Einbindung mehrerer großer Übertragungsnetzbetreiber, kommunaler Interessenvertreter*innen und weiterer Multiplikator*innen.

Stromnetzausbau vor Ort

www.difu.de/15616

Dr. Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

Kommunen vernetzen

Erfolgreiche Ansätze des Voneinander-Lernens in kommunalen Klimaanpassungsnetzwerken.

Bereits jetzt werden die Folgen des globalen Klimawandels auf lokaler Ebene spürbar. Der Sommer 2019 zeigte einmal mehr, dass Wetterextreme wie Hitzerekorde, Starkregen oder Hochwasser zentrale Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge betreffen. Den Kommunen kommt bei der Anpassung an den Klimawandel eine Schlüsselrolle zu. Dieser gerecht zu werden bleibt für kleine und mittlere Kommunen trotz Unterstützung durch den Bund ungleich schwierig, da es u.a. an personellen und finanziellen Ressourcen mangelt.

Das Vorhaben „Kommunen vernetzen“ unterstützt kommunale Netzwerke dabei, den interkommunalen Erfahrungsaustausch bei der Klimaanpassung zu etablieren und zu intensivieren. Es werden sowohl Erkenntnisse zu Erfolgsbedingungen für Peer-Learning-Ansätze mit Blick auf die Förderung kommunaler Aktivitäten gewonnen als auch Anpassungs- und Verstetigungsaktivitäten in den Kommunen vorangebracht.

Ziel ist es, Netzwerke zu identifizieren, in denen unerfahrene von erfahrenen Kommunen lernen und sich auf Augenhöhe austauschen können. Thematisch knüpft das Vorhaben dort an, wo Kommunen durch den Klimawandel besonders betroffen sind. Die konkreten Bedarfe werden im Projekt mit den Kommunen gemeinsam eruiert: Mit Design-Thinking-Ansätzen erarbeitet das Projektteam gemeinsam mit lokalen Akteuren Ideen für die Netzwerkarbeit und fördert das gegenseitige Lernen in interaktiven Werkstätten.

Im Auftrag des Umweltbundesamtes begleitet das Difu zusammen mit adelphi und alpS drei kommunale Netzwerke. Die gewonnen Einblicke werden Gegenstand einer Konferenz im Jahr 2022.

Kommunen vernetzen

www.difu.de/13348

Dr. Elke Bojarra-Becker
+49 30 39001-330
bojarra@difu.de

Dipl.-Geogr.
Anna-Kristin Jolk
+49 30 39001-332
jolk@difu.de

Dipl.-Geogr.
Luise Willen
+49 221 340308-19
willen@difu.de

Umweltbezogene Gerechtigkeit

Zum Thema Umweltgerechtigkeit erstellt das Difu für den Bund ein Strategiepapier sowie eine Good-Practice-Broschüre.

In vielen sozial benachteiligten Quartieren konzentrieren sich gesundheitsrelevante Umweltbelastungen; gleichzeitig sind diese Gebiete oft durch einen Mangel an gesundheitsrelevanten Umweltressourcen geprägt. Verschiedene Untersuchungen belegen den räumlichen Zusammenhang von niedrigem Sozialstatus und höheren Umweltbeeinträchtigungen wie Lärm, Luftschadstoffe, mangelnde Ausstattung mit Grün- und Freiflächen sowie bioklimatische Belastungen. Vor diesem Hintergrund zielt der Ansatz Umweltgerechtigkeit darauf ab, die Mehrfachbelastung von benachteiligten Gebieten zu vermeiden bzw. abzubauen sowie ihren Bewohner*innen den Zugang zu gesundheitsfördernden Umweltressourcen zu ermöglichen. Eine Implementierung des Ansatzes erfordert auf allen Umsetzungsebenen (Bund, Länder, Kommunen, Quartier) ein aufeinander abgestimmtes Handeln in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in verschiedenen thematischen Handlungsfeldern.

Im Mittelpunkt des Projektes stehen zum einen Fragen der Verankerung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit vor allem auf der Bundesebene. Grundlage dafür sind in Vorläuferprojekten erarbeitete Handlungsempfehlungen, die nun weiterentwickelt werden. Zu diesem Zweck analysiert und bewertet das Projekt den bisherigen politischen Implementierungsprozess. Zum anderen werden Gute-Praxis-Beispiele zu Umweltgerechtigkeit auf kommunaler Ebene recherchiert und dokumentiert. Die Ergebnisse werden in einem Dialogforum mit relevanten Bundesressorts, Ländern, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vorgestellt und erörtert. Geplant sind ein Strategiepapier Umweltgerechtigkeit für den Bund sowie eine Good-Practice-Broschüre.

Umweltbezogene Gerechtigkeit

www.difu.de/15681

Dr. Thomas Franke
+49 30 39001-107
franke@difu.de

Dipl.-Ing.
Christa Böhme
+49 30 39001-291
boehme@difu.de

Klimafreundlich mobil

Wissenschaftliche Begleitung des Mobilitätsnetzwerks Ortenau in Baden-Württemberg.

Zehn Kommunen des baden-württembergischen Ortenaukreises haben das deutschlandweit erste „Mobilitätsnetzwerk“ gegründet. Ziel dieses kommunalen Zusammenschlusses ist es, gemeinsame Lösungen für eine nachhaltige Mobilität in enger Abstimmung mit dem Landkreis in der Region zu erarbeiten. Insbesondere der Pendlerverkehr hat in den vergangenen Jahren massiv zugenommen. Um Mobilität ohne privaten Pkw attraktiver zu gestalten und so den Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) am Gesamtverkehrsaufkommen zu verringern, sollen innerhalb des Mobilitätsnetzwerks zunächst drei Maßnahmenschwerpunkte entwickelt und umgesetzt werden: Aufbau eines multimodalen Systems mit Mobilitätsstationen, Ausbau des gemeindeübergreifenden Radverkehrs, Implementierung digitaler Informations- und Buchungsangebote (App).

Im Rahmen der BMBF-Fördermaßnahme „MobilitätsWerkStadt2025“ hat das Mobilitätsnetzwerk Ortenau das Difu beauftragt, Grundlagen für die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung des Netzwerks zu schaffen. Ausgehend von exemplarischen interkommunalen Kooperationsstrukturen erfolgt hierzu eine Aufbereitung modellhafter Rahmenbedingungen. Auf dieser Grundlage konzipiert und realisiert das Projektteam eine Workshop-Reihe, bei der es gemeinsam mit den Netzwerkmitgliedern und externen Expert*innen die gewonnenen Erkenntnisse reflektiert und übertragbare Elemente für die Weiterentwicklung des Mobilitätsnetzwerks identifiziert. Die zentralen Ergebnisse werden abschließend in Form eines wissenschaftlichen Inputpapiers veröffentlicht. Zudem wird ein Vertragsentwurf für eine potenzielle Neuorganisation des Mobilitätsnetzwerks entwickelt.

Klimafreundlich mobil

www.difu.de/15637

Thomas Stein, M.A.
+49 30 39001-181
stein@difu.de

Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

Mobilität im ländlichen Raum

Fachliche Auswertung und Begleitung der BMEL-Fördermaßnahme „LandMobil – unterwegs in ländlichen Räumen“.

Foto: Jürgen Gies, Difu

Für die Attraktivität von ländlichen Kommunen ist Mobilität ein ganz wesentlicher Faktor. Ohne entsprechende Angebote sind weder Arbeitsplatz noch Arzt, Nahversorgung oder Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebote erreichbar. Im Rahmen des Bundesprogramms „Ländliche Entwicklung“ (BULE) hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) Ende 2018 daher die Fördermaßnahme „LandMobil – unterwegs in ländlichen Räumen“ aufgelegt. Die Maßnahme fördert modellhafte Projekte auf regionaler oder lokaler Ebene, die die Mobilität von Menschen in ländlichen Räumen verbessern und damit einen Beitrag zur Sicherung von Teilhabe und Daseinsvorsorge leisten. Ziel ist es, vernetzte und übertragbare Lösungen zu entwickeln, die auch für andere ländliche Regionen als Vorbild dienen können. Insgesamt werden 41 Modell- und Demonstrationsvorhaben im Rahmen von „LandMobil“ gefördert.

Zusammen mit der Universität Kassel entwickelt das Difu ein Evaluationskonzept, übernimmt die fachliche Auswertung sowie Begleitung der Projekte und unterstützt deren Vernetzung untereinander. Auf der Grundlage der Evaluation werden Schlussfolgerungen sowohl für die künftige Politikgestaltung auf Bundesebene als auch die Gestaltung politisch-administrativer Rahmenbedingungen auf allen relevanten politischen Ebenen abgeleitet. Das Projekt erarbeitet zudem praktische Empfehlungen für die Akteure vor Ort bezüglich einer möglichen Übertragung von Projektansätzen auf andere Regionen.

Auftraggeberin ist die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE).

Mobilität im ländlichen Raum

www.difu.de/15660

Dr. phil.
Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Dipl.-Geogr.
Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Gute Kreuzungen für alle

Neuer Schwerpunkt für Online-Fortbildungen zu sicheren Hauptverkehrsstraßen in Kooperation mit dem DVR.

Foto: Doris Reichel, Difu

Schwere innerörtliche Verkehrsunfälle ereignen sich vor allem an Kreuzungen und Einmündungen der Hauptverkehrsstraßen. Als Unfallbeteiligte sind die Folgen vor allem für zu Fuß Gehende und Radfahrende häufig besonders schwer.

Mit der neuen Fortbildungsreihe „Gute Kreuzungen für alle“ werden Fachleute aus Kommunalverwaltungen, Planungsbüros und Verbänden darin unterstützt, Kreuzungen und Einmündungen so zu gestalten, dass sie auch sicher für Menschen zu Fuß und mit dem Fahrrad sind. In aufeinander aufbauenden Modulen vermitteln Fachleute in Vorträgen, Arbeitsgruppen und Reflexionssitzungen grundlegendes aktuelles Wissen und vertiefen Kenntnisse zur sachgerechten Anwendung des zur Verfügung stehenden Planungsinstrumentariums.

Dabei geht es besonders um das Erkennen und Abbauen von Sicherheitsdefiziten in der Infrastruktur für ungeschützte Verkehrsteilnehmende. Aber auch deren subjektives Sicherheitsempfinden ist für die Planung relevant.

Über die Vermittlung von nationalen und europäischen Good-Practice-Beispielen sowie über die Präsentation konkreter Planungsbeispiele aus der Praxis soll der Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmenden zum Prozess der Umsetzung von Maßnahmen angeregt werden. Es wird Gelegenheit zur interaktiven Beteiligung bei der Bearbeitung von Planungsaufgaben oder zur Diskussion von eigenen Beispielen der Teilnehmenden geboten. Das Angebot als Kombination aus individuell abrufbaren Videos und WebSeminaren kann für verschiedene Terminfolgen gebucht werden.

Gute Kreuzungen für alle

www.difu.de/15466

Dipl.-Ing.
Thomas Weber
+49 30 39001-134
weber@difu.de

Victoria Langer, M.Sc.
+49 30 39001- 257
langer@difu.de

Maria Saddington
+49 30 39001- 271
saddington@difu.de

Gewerbegebiete im Klimastress

DBU unterstützt die Entwicklung eines Beratungsprozesses zur Anpassung an den Klimawandel in Gewerbegebieten.

Industrie- und Gewerbeflächen belegen mit 18,5 Prozent einen hohen Anteil der Siedlungsflächen in Deutschland. Der hohe Versiegelungsgrad von rund 80 Prozent in Gewerbegebieten verursacht mitunter städtische Hitzeinseln. Gleichzeitig wächst die Gefahr von Hochwasser, etwa durch Starkregenereignisse. Somit kommt gewerblich genutzten Flächen nicht nur städtebaulich, sondern auch stadtklimatisch eine große Bedeutung zu.

Mit dem Projekt KlimaProfit-National wird ein standardisierter Beratungsprozess zur Planung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen auf Unternehmens- und Gewerbegebietsebene entwickelt. Wesentliches Ziel von KlimaProfit-National ist es, die Handlungsbereitschaft von Unternehmen ebenso wie die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen durch einen möglichst standardisierten und zentral moderierten Beratungs- und Begleitungsprozess zu erhöhen. Er soll sich aus der Kooperation zwischen Kommune, Unternehmen und externer Beratung entwickeln und langfristig in ganz Deutschland etabliert werden. Die Umsetzung des KlimaProfit-National-Prozesses soll exemplarisch im Gewerbegebiet List in Hannover geprüft werden, wobei eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Hannover stattfindet.

KlimaProfit-National wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) sowie durch Eigenmittel vom Difu und der EPC-Projektgesellschaft finanziert. Damit wird das vom Difu im Jahr 2019 gestartete und vom BMU im DAS-Programm geförderte Projekt KlimaProfit inhaltlich ergänzt.

Gewerbegebiete im Klimastress

www.difu.de/12451

Dipl.-Ing.
Maic Verbücheln
+49 30 39001-263
verbuecheln@difu.de

Dipl.-Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Förderung des Holzbaus

Unterstützung von Kommunen in Baden-Württemberg bei der Planung von Holzbauprojekten.

Der Bauwirtschaftssektor ist für eine hohe Ressourceninanspruchnahme, enorme Treibhausgasemissionen sowie ein hohes Abfallaufkommen verantwortlich. Bautätigkeiten verursachen weltweit 30 Prozent des CO_2-Ausstoßes, 30 Prozent des Ressourcenverbrauchs und 40 Prozent des Energieverbrauchs. Als nachwachsende Ressource rückt der Baustoff Holz immer stärker in den Fokus des nachhaltigen Bauens. Der Holzbau ist Bestandteil des kommunalen Klimaschutzes.

Das Difu wurde im Rahmen der Holzbau-Offensive des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) in Baden-Württemberg damit beauftragt, einen Aufruf zur Förderung kommunaler Ideen für die Schaffung innovativer Holzbauprojekte.

Kommunen können eine klimapositive und nachhaltige Bauweise auf mehreren Ebenen in erheblichem Maße mitgestalten. Sie haben dafür geeignete Instrumente zur Umsetzung der Ziele der Holzbau-Offensive in Baden-Württemberg in der Hand. Möglichkeiten den Holzbau zu fördern liegen für Kommunen unter anderem im Bau eigener Liegenschaften, der Planung und Entwicklung von Baugebieten, in der Innenentwicklung und der Beratung und Information. Holz ist als Baustoff sehr vielseitig und kann im Wohnungsbau sowie in Nichtwohngebäuden oder für die Entwicklung ganzer Quartiere eingesetzt werden.

Im Rahmen des Aufrufs werden Kommunen in Baden-Württemberg aufgefordert, sich mit guten Ideen zur Förderung des Holzbaus zu bewerben und ihre Projektideen einzureichen. Ein serielles Förderprogramm soll langfristig etabliert werden.

Förderung des Holzbaus

www.difu.de/projekte

Dipl.-Ing.
Maic Verbücheln
+49 30 39001-263
verbuecheln@difu.de

Dr. Elke Bojarra-Becker
+49 30 39001-330
bojarra@difu.de

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat sein Angebot angepasst und setzt neue Online-Formate ein. Zusätzlich öffnet sich das Institut wieder schrittweise für den Besuch von Präsenzveranstaltungen. Dabei haben der Schutz und die Gesundheit höchste Priorität. Mit Sorgfalt in allen Bereichen und strenger Hygiene wird das Difu seiner Mitverantwortung für die Eindämmung des Coronavirus gerecht.

Die Maßnahmen orientieren sich an den geltenden Vorschriften und werden regelmäßig angepasst. Das Difu wird alles dafür tun, dass man sich trotz dieser besonderen Situation auf den Veranstaltungen wohlfühlen kann! Sollten behördlich angeordnete Beschränkungen für Reisen, Präsenzveranstaltungen o.ä. eine Teilnahme verhindern, so kann noch kurzfristig storniert oder umgebucht werden.

Veranstaltungsvorschau 2020

Stadtplanung im digitalen Umbruch – Tools und Trends für das digitale Planen
Difu-WebSeminar
27. Oktober/29. Oktober/3. November 2020
www.difu.de/15698

Wärmewende – Strategien und Handlungsansätze für Kommunen
Difu-WebSeminar
29.–30. Oktober 2020
www.difu.de/15697

Treibhausgase bilanzieren – Einführung für Einsteiger*innen
Projekte Kommunaler Klimaschutz – WebSeminar
3. November 2020
www.difu.de/15556

Beteiligungskultur in der Krise?! Erfahrungen und Reflexionen zum aktuellen Stand der Bürgerbeteiligung
Difu-WebSeminar
4.–5. November 2020
www.difu.de/15601

Grünordnungsplan – Ein Instrument mit Zukunft
Difu-Seminar
9. November 2020 in Berlin
www.difu.de/15503

Vom Klassenraum zur Raumlandschaft – Ideenaustausch zum Schulumbau
Difu-WebSeminar
16. November 2020
www.difu.de/15701

Gute Kreuzungen für Alle – Knotenpunkte attraktiv und verkehrssicher gestalten
Difu-WebSeminar
17.–19. November 2020
www.difu.de/15610

Kommune im Klimanotstand – was folgt aus dem Beschluss?
Difu-WebSeminar
19. November 2020
www.difu.de/15696

Kultur für alle? – Optionen zur Verbesserung der kulturellen Teilhabe
Difu-Seminar
30. November–1. Dezember 2020 in Berlin
www.difu.de/15500

Bauland mobilisieren und schaffen – Strategien und Instrumente für mehr Wohnungsbau
Veranstaltungsreihe Difu und vhw
1.–2. Dezember 2020 in Lüneburg
www.difu.de/15658

Gute Kreuzungen für Alle – Knotenpunkte attraktiv und verkehrssicher gestalten
Difu-WebSeminar
1.–3. Dezember 2020
www.difu.de/15611

Holzbau – Mehr Gestaltqualität, mehr Nachhaltigkeit?
Difu-WebSeminar
10. Dezember 2020
www.difu.de/15695

Bauland mobilisieren und schaffen – Strategien und Instrumente für mehr Wohnungsbau
Veranstaltungsreihe Difu und vhw
14.–15. Dezember 2020 in Bamberg
www.difu.de/15655

Vergessene Ecken? – Gestaltqualitäten in Gewerbegebieten
Difu-WebSeminar
17. Dezember 2020
www.difu.de/15694

1. Halbjahr 2021

Deutschland zu Fuß – Strategien und Maßnahmen kommunaler Fußverkehrsplanung
Difu-Seminar
25.–26. Januar 2021 in Berlin
www.difu.de/12798

Impulse für die Zukunft – Kreative Methoden und Prozesse in der Stadtentwicklung
Difu-Seminar
28.–29. Januar 2021 in Berlin
www.difu.de/13119

Bauland mobilisieren und schaffen – Strategien und Instrumente für mehr Wohnungsbau
Veranstaltungsreihe Difu und vhw
22.–23. Februar 2021 in Leipzig
www.difu.de/15657

Eine Stadt für alle! Inklusiv, vernetzt und barrierefrei
Difu-Seminar
22.–23. Februar 2021 in Berlin
www.difu.de/13113

Elektromobilität im Stadtverkehr – Strategien und Erfahrungen in den Kommunen
Difu-Seminar
25.–26. Februar 2021 in Berlin
www.difu.de/13125

Ganztags in der Schule – Qualitäten, Finanzierung, rechtliche Aspekte
Difu-Seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag
1.–2. März 2021 in Berlin
www.difu.de/13111

Investitionsoffensive im ÖPNV – Schlüssel für die Verkehrswende
Difu-Seminar
4.–5. März 2021 in Berlin
www.difu.de/15685

Gemeinsam handeln für urbane Sicherheit! Bürgerbeteiligung als Erfolgsfaktor
Difu-Seminar in Kooperation mit dem DEFUS
18.–19. März 2021 in Berlin
www.difu.de/13128

Stadt im Dialog gestalten! Erfahrungsaustausch zur Beteiligungskultur
Difu-Erfahrungsaustausch in Kooperation mit der Stadt Köln
23.–24. März 2021 in Köln
www.difu.de/12780

Verkehrspolitisch umsteuern! Kommunale Handlungsoptionen durch Innovationen
Difu-Seminar
25.–26. März 2021 in Berlin
www.difu.de/15686

Altersarmut in Städten – Kommunale Handlungsmöglichkeiten
Difu-Seminar
15.–16. April 2021 in Berlin
www.difu.de/13115

Bauen in lärmvorbelasteten Lagen – Quadratur des Kreises?
Difu-Seminar
19.–20. April 2021 in Berlin
www.difu.de/12790

Beteiligung bei kommunalen Verkehrsprojekten – Anforderungen und Erfahrungen
Difu-Seminar
22.–23. April 2021 in Berlin
www.difu.de/12787

Nachhaltige Quartiersansätze – Ressourcen, Energie und Suffizienz im Blick
Difu-Seminar
6.–7. Mai 2021 in Berlin
www.difu.de/15687

Kommunale Sportpolitik – Aktuelle Rahmenbedingungen und Lösungsansätze
Difu-Seminar
17.–18. Mai 2021 in Berlin
www.difu.de/13107

Klimaschutz und Nachhaltigkeit – Synergien und Widersprüche
Difu-Seminar
20.–21. Mai 2021 in Berlin
www.difu.de/15688

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen – Strategische Option für Stadtentwicklung
Difu-Seminar
14.–15. Juni 2021 in Berlin
www.difu.de/15689

Freiraumentwicklung und Klimaanpassung – Strategien und Erfahrungen
Difu-Seminar
22.–23. Juni 2021 in Berlin
www.difu.de/15690

Vorschau 2. Halbjahr 2021

Partnerschaft mit Hindernissen? Kommunen und Wohnungsunternehmen - Wohnungsversorgung
Difu-Seminar
13.–14. September 2021 in Berlin
www.difu.de/13130

Wasser in der Stadt – Handlungsansätze für klimaangepasste Quartiere
Difu-Seminar
20.–21. September 2021 in Berlin
www.difu.de/13103

Stadtverträglicher Autoverkehr – Handlungsspielräume der Verkehrsbehörden
Difu-Seminar
25.–26. Oktober 2021 in Berlin
www.difu.de/13123

Die Zukünfte von Innenstädten – Zur Krisenresistenz unserer Innenstädte
Difu-Seminar
28.–29. Oktober 2021 in Berlin
www.difu.de/13121

Mobil zwischen Stadt und Umland – Verflechtung neu gestalten!
Difu-Seminar
11.–12. November 2021 in Berlin
www.difu.de/13117

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Im Rahmen seiner öffentlichen Veranstaltungsserie „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ bietet das Difu am Berliner Standort seit September 2020 wieder Veranstaltungen zu aktuellen kommunal-relevanten Themen an. Darüber hinaus sind wie immer fachbezogene Veranstaltungen im Rahmen verschiedener Projekte im Programm.

Details, Einzelprogramme und Online-Anmeldung stets aktuell auf der Difu-Website:
www.difu.de/veranstaltungen

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte
www.bit.ly/30FDNxn

Dialogforum Jugendhilfe
www.jugendhilfe-inklusiv.de

Fahrradakademie
www.fahrradakademie.de

Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz
www.klimaschutz.de/veranstaltungen

Bargteheide – eine lebendige Stadt zwischen Nord- und Ostsee

Die Stadt Bargteheide hat ihren ganz besonderen Reiz. Denn ihre Lage macht sie sehr attraktiv: Nah an der Metropole Hamburg und der Hansestadt Lübeck und damit auch nah an Nord- und Ostsee.

Foto: Stadt Bargteheide

Vor 50 Jahren ist Bargteheide von der Gemeinde zur Stadt geworden. In einer rasanten Entwicklung verdoppelte sich seitdem die Einwohnerzahl. Inzwischen ist die Stadt das Zuhause für rund 17.000 Bürger*innen. Es spricht sich herum, dass es sich in Bargteheide gut leben lässt. Und nach wie vor wächst die Stadt.

Dazu tragen in vielfältiger Weise die zahlreichen Vereine, Verbände und Einrichtungen bei. Ob kreativ, kulturell, musikalisch oder sportlich, für Jung und Alt, Groß oder Klein – hier gibt es für Alle ein Angebot, das zu den persönlichen Interessen passt. Das Freibad, die Stadtbibliothek und die Volkshochschule mit ihren breiten Angebotspaletten, das weitläufige Rad- und Wanderwegenetz, die attraktiven Spiel- und Sportplätze sowie der Skaterpark sorgen für Abwechslung in der Freizeitgestaltung. Die beiden Städtepartnerschaften blühen und ermöglichen den Austausch der deutsch-französischen und deutsch-polnischen Freundschaften.

Bargteheide profitiert auch wirtschaftlich von der guten Lage. Nicht nur die direkte Anbindung an die gleich zwei Autobahnen bietet einen Standortvorteil. Mit verlässlichem Bahntakt von und nach Hamburg sowie der Perspektive der Anbindung ans S-Bahn-Netz ist Bargteheide ein verkehrlicher Knotenpunkt für die Region. Durch die fortlaufende Entwicklung der Gewerbegebiete gemeinsam mit der Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn (WAS) ist ein vielfältiger Branchenmix aus kleinem Gewerbe und großen Industrieunternehmen, aus Handwerk, Zulieferern, internationalen Marktführern und überregional agierenden Unternehmen mit attraktiven Arbeitsplätzen entstanden.

Die Innenstadt mit ihren Restaurants, Cafés und inhaber*innen geführten Geschäften lädt zum Bummeln und Verweilen ein. Das Kleine Theater Bargteheide beheimatet ein vielfältiges Programmkino, und das Kulturangebot erfreut sich weit über die Stadtgrenzen hinaus großer Beliebtheit.

Die weitere Entwicklung der Stadt steht im Mittelpunkt aktueller Projekte. Als geförderte Kommune im Städtebauprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ arbeitet die Stadt mit Beteiligung ihrer Einwohner*innen an der Zukunft Bargteheides für die kommenden Jahrzehnte. 28 Einzelmaßnahmen umfasst dabei das Aufgabenpaket, das viele Bereiche der Innenstadt und des gesellschaftlichen Zusammenlebens für die kommenden Jahre verändern werden. Unter anderem werden das generationenübergreifende Zusammenleben, die kulturelle Vielfalt, aber auch der Einzelhandel und die innerstädtische Mobilität im Fokus stehen.

Zudem befindet sich die Stadtverwaltung im digitalen Transformationsprozess, nicht nur, um gesetzliche Anforderungen zu erfüllen, sondern auch, um das Serviceangebot für die Bevölkerung zu verbessern und innere Prozesse zu optimieren.

www.bargteheide.de

Dr. Heidede Becker

Unsere ehemalige Kollegin Heidede Becker verstarb am 4. Juni 2020. Sie prägte als Wissenschaftlerin das Difu über mehr als drei Jahrzehnte wesentlich mit – seit Institutsgründung 1973 bis zu ihrem Ruhestand 2006. Die Architektin und Stadtplanerin beschäftigte sich u.a. mit Fragen der sozialen Stadterneuerung und Stadtentwicklung. Sie leitete viele Jahre die beim Difu angesiedelte Bundestransferstelle des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt. Dabei trug sie mit großer Sorgfalt, Kompetenz und Nachdruck zum Erfolg dieses für den sozialen Ausgleich in den Städten so wichtigen Programms bei. Mit großem Engagement widmete sich Heidede Becker auch dem Thema Baukultur. Ihre Werke zu städtebaulichen Wettbewerben und zu Leitbildern gaben wichtige Impulse für die wissenschaftliche Debatte. Eine ihrer großen Leidenschaften galt der Schönheit der Sprache, um die sie mit großer Beharrlichkeit in einer Vielzahl von Veröffentlichungen rang. Kolleg*innen aus jener Zeit und das Institut insgesamt haben ihr viel zu verdanken – vor allem die hohe wissenschaftliche, aber auch sprachliche Qualität der Veröffentlichungen. Nach ihrer Difu-Zeit blieb Heidede Becker unermüdlich aktiv: etwa als Autorin, Moderatorin, Kuratorin, Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung. Das hohe Maß an Empathie und das sichere Gespür für die Menschen in ihrem Umfeld – auch dies sind Eigenschaften, die in Erinnerung bleiben, wenn wir an Heidede Becker denken.

Lisa Kutsch

unterstützt seit Juni 2020 den Forschungsbereich Umwelt in Köln als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Zuvor sammelte sie an verschiedenen Stationen Erfahrungen im Design von Lernsituationen, zuletzt bei AGORA Köln und der Ausrichtung des „Tag des guten Lebens“. In ihrem Studium für angewandtes Design- und Beratung in den Niederlanden hat sie moderne Design-Thinking-Arbeitsweisen und interdisziplinäres Arbeiten im Team schätzen gelernt. Ihr Steckenpferd ist die Gestaltung und Moderation partizipativer, innovativer Formate wie Reallabor-Situationen, zudem kennt sie viele Methodik- und Didaktik-Lösungen für digitales Lernen und E-Learning. Als Erlebnis- und Umweltpädagogin hat Lisa Kutsch fundierte Erfahrungen der Workshopmoderation und im Teambuilding, die sie in der Zusammenarbeit mit Kommunen im Team Klimaanpassung und Stadtökologie einsetzen wird.

Rachel Nadkarni

ist seit November 2019 als Gastwissenschaftlerin am Difu. Die US-Amerikanerin war im Raum Boston bereits Chief of Long Range Planning für eine Stadt mit knapp 90.000 Einwohner*innen und forscht beim Difu über Curbside Management, bei dem es um die Steuerung des Haltens und Parkens am Straßenrand geht. Rachel Nadkarni ist im Rahmen des „Bundeskanzlerstipendium“ in Deutschland. Es gehört zu einem Gastwissenschaftler*innen-Programm, mit dem die Bundesregierung seit der deutschen Wiedervereinigung künftigen Entscheidungstragenden über die Alexander-von-Humboldtstiftung einen einjährigen Aufenthalt im Sinne der Völkerverständigung finanziert. Die Stipendiaten kommen derzeit aus den USA, Russland, China, Brasilien und Indien.

Christian Raffer

arbeitet seit Mitte Juli 2020 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen im Team „Wirtschaft und Finanzen“. Davor war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hertie School, Berlin, tätig. Weitere berufliche Stationen hat er unter anderem als Junior Consultant bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit in Pretoria, Südafrika, absolviert. Christian Raffer hat Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin, sowie an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert. Neben seiner Tätigkeit am Difu promoviert er derzeit im Bereich Public Economics an der Freien Universität Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Kommunalfinanzen, Empirie und Regionalökonomie.

Paul Ratz

unterstützt seit Juni 2020 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Umwelt das Team „Umwelt und Klimaschutz“ am Difu-Standort Köln. Er studierte Geographie mit dem Schwerpunkt „Umwelt und Gesellschaft“ an der Universität zu Köln und unterstützte das Team bereits seit 2018 als studentische Hilfskraft. Seinen Bachelor in Umweltmanagement absolvierte er an der Justus-Liebig-Universität in Gießen und in León, Spanien. Während seines Masterstudiums befasste er sich neben dem Thema Klimaschutz vor allem mit regionalen Wertschöpfungsketten im Globalen Süden und forschte im Rahmen eines DAAD-Stipendiums in Stellenbosch. Am Kölner Difu-Standort wird Paul Ratz innerhalb des Projekts „Neue Impulse für den kommunalen Klimaschutz“ an der Veröffentlichung fachspezifischer Publikationen mitarbeiten und das Team der „Kommunalen Klimabühne“ beim Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ sowie der Neukonzeption der Kommunalen Klimakonferenz im November 2020 unterstützen.

Christin Reimer

unterstützt seit August 2020 als Assistentin das „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ im Forschungsbereich Umwelt am Difu-Standort Köln. Als Assistentin des Beratungsteams organisiert sie Veranstaltungen und kümmert sich um diverse administrative Aufgaben. Nach ihrem in der Landeshauptstadt Wiesbaden erworbenen Diplom der Verwaltungswissenschaften sammelte sie vielfältige Berufserfahrungen in Hessen und Berlin. Zuletzt übernahm sie die Marketingassistenz mit Schwerpunkt Veranstaltungsorganisation in einem mittelständischen Unternehmen, bevor sie – mit Zwischenstopp als Assistentin einer Personalvermittlung – beim Difu einstieg.

Abgebildete (v.l.n.r.)
Dr. Heidede Becker (Foto: Dr. Hartmut Arras), Lisa Kutsch (Foto: Anna Jolk), Rachel Nadkarni (Foto: Humboldt Foundation/Schmitter), Christian Raffer (Foto: Vera Gutofski), Paul Ratz (Foto: Ruslana Rosa), Christin Reimer (Foto: PicturePeople GmbH & Co. KG).

Handeln reicht nicht zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums aus

Zwei Jahre nach dem Wohngipfel und nach Erfahrungen über die Umsetzung der Empfehlungen der Baulandkommission werden Forderungen aus der Wissenschaft laut: Die weiterhin angespannten Wohnungsmärkte erfordern den Einsatz zusätzlicher Instrumente durch Bund und Länder. Anders ist die Wende hin zu bezahlbarem Wohnraum nicht zu schaffen. Angesichts nach wie vor bestehender Unterversorgung mit bezahlbarem Wohnraum fordern Wissenschaftler*innen der Universität Mannheim, des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung (IMK) und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) vom Bund die Einrichtung eines Beteiligungsfonds für kommunale Woh-nungsbauunternehmen und bessere Rahmenbedingungen für die Einrichtung kommunaler Bodenfonds.

www.difu.de/15780

Coronakrise, öffentliche Finanzen und Klimaschutz in Kommunen

Die Loccumer Finanztage fanden in diesem Jahr digital unter dem Titel „Coronakrise, öffentliche Finanzen und Klimaschutz. Die Situation der Kommunen“ statt. Difu-Wissenschaftler Dr. Henrik Scheller, Difu-Teamleiter Finanzen, hielt am 20. Mai online einen Vortrag zur gegenwärtigen Investitionstätigkeit der Kommunen. Veranstaltung und Vortrag standen unter der Überschrift „Klimapolitik und öffentliche Finanzen in Zeiten der Coronakrise“. In der nachfolgenden virtuellen Diskussion mit rund 70 Teilnehmenden wurden die Problematik der ausdifferenzierten Programmförderung – gerade im Bereich Klimaschutz – sowie die grundsätzliche Frage erörtert, ob Klimaschutz eine kommunale Pflichtaufgabe werden sollte. Zu den Diskutanten zählten Detlef Raphael vom Deutschen Städtetag sowie Prof. Dr. Martin Junkernheinrich von der TU Kaiserslautern.

www.bit.ly/2GjDtgz

Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2020 vorgestellt

Im Juni stellte NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper das Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2020 in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund in Berlin vor. Mitherausgeber des Jahrbuchs ist Difu-Teamleiter Dr. Henrik Scheller. Wegen der Pandemie wurde die Veranstaltung, an der nur die Autor*innen persönlich teilnahmen, als Livestream übertragen. In der prominent besetzten Gesprächsrunde – moderiert durch Prof. Dr. Stefan Korioth – diskutierten Anja Hajduk, MdB, stellv. Fraktionsvorsitzende der Grünen, Hamburgs Finanzsenator Dr. Andreas Dressel und Dr. Georg Lunemann für die Kommunen vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe über die finanziellen Hilfsmaßnahmen zur Coronakrise.

www.bit.ly/32H8BxW
www.bit.ly/2EKllfj

Difu-Jahrestreffen online: Thema Corona in Kommunen

Als Auftakt zum diesjährigen Jahrestreffen der Ansprechpartner*innen aus Zuwenderstädten hatte das Difu im Juni zum WebSeminar eingeladen. Bei dem Erfahrungsaustausch ging es vorrangig darum, welche Auswirkungen die aktuelle Pandemie-Situation auf die Stadtentwicklung hat und wie die Kommunen damit umgehen. Im Gespräch mit Difu-Wissenschaftler*innen erörterten die Difu-Ansprechpartner*innen aktuelle Fragen und tauschten sich über Vorgehensweisen und erwartete Langzeitfolgen aus. Entzieht die unsichere Haushaltslage der Stadtentwicklung die langfristige Grundlage? Wie kann einer resilienten Stadtentwicklung nachdrücklich Gehör verschafft werden? Eingeleitet wurde der Austausch durch zwei Inputs der Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl und Prof. Dr. Arno Bunzel. Im September wurde das Jahrestreffen durch eine Präsenzveranstaltung in Berlin abgerundet. Infos über dieses Treffen folgen im nächsten Heft.

www.difu.de/15528

Förderprogramm Zukunftsstadt goes Europe

Kommunen der Leitinitiative Zukunftsstadt werden mit der Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Zukunftsstadt goes Europe dabei unterstützt, innovative Ideen der Forschung rund um nachhaltige Stadtentwicklung mit anderen Städten in Europa zu teilen. Das Förderungsziel ist es, die Kooperation zwischen Kommunen in Europa zu stärken und durch europäische Zusammenarbeit praxisnahe Forschung für nachhaltige Entwicklung voranzubringen. Die Förderanträge sind bis zum 31.10.2020 einzureichen. Die Leitinitiative Zukunftsstadt ist Teil des Programms Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA) des BMBF, in dessen Rahmen das Difu unter anderem das Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt (SynVer*Z) durchführt.

www.bit.ly/2EKj9ny
www.bit.ly/3ltjVpW

Wie Kommunen von Fördermitteln zur europäischen Vernetzung profitieren können, erläutert Dagmar Köhler, Difu-Expertin für internationale Vernetzung von Städten und Regionen in einem Beitrag im Difu-Extranet

www.difu.de/15790

Kommunen im demografischen Wandel: Online-Veranstaltungen

Sechs Wochen, sieben Veranstaltungen – zu drängenden Themen kommunaler Zukunftsfähigkeit. Vom 28. Oktober bis 8. Dezember 2020 bietet das Difu wöchentlich kostenlose Web-Seminare. Die Veranstaltungen zeigen zentrale Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ und vermitteln praxisnahe Lösungen zu wichtigen Themens des kommunalen Alltags: Daseinsvorsorge sichern!, Innen entwickeln!, Allianzen bilden!, Vielfalt leben!, Interkommunal agieren! Experimente wagen! Präsentiert werden Ideen zur Lösung kommunaler Herausforderungen, die die Innovationsfreude steigern und Freiräume für Neues schaffen sollen. Los geht es mit der Frage, wie Kommunen künftig zu Innovationstreibern ihrer eigenen Stadtentwicklung werden können – mit einer Keynote von Prof. Dr. Harald Welzer u.a.

www.bit.ly/31zdBFv

Experimente im Straßenraum: Die Verkehrswende erleben

Der Difu-Dialog am 7.10. dreht sich um ein hochaktuelles Thema: „Verkehrswende erleben – Experimente im Straßenraum“. Sind temporäre Maßnahmen wie Popupbikelanes sinnvolle Instrumente zur Flächenumverteilung und für eine erfolgreiche Verkehrswende? Die Livestream-Veranstaltung ist auf dem Youtube-Kanal des Difu zum „Nachsehen“ dokumentiert.

www.difu.de/15775

Neues im Difu Inter-/Extranet

Berichte 3/2020

Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunalbezogene Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese Infos über die Rubrik „Extranet". Im Berichte-Heft sind Exklusiv-Inhalte mit dem Symbol ✪ gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -Verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
→ www.difu.de/extranet/

Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:
→ www.difu.de/15192

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme mit dem Umgang oder Fragen bestehen, so unterstützt der Bereich Wissensmanagement des Difu gern bei der Herstellung des Zugangs:

Susanne Plagemann, M.A.
+49 30/39001-274
plagemann@difu.de

Kostenfreie Difu-eBooks für Zuwender: Bezugsverfahren vereinfacht

Die Bestellung von Difu-eBooks kann künftig auch direkt durch Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeitende der Difu-Zuwenderstädte und -verbände erfolgen. Zum Erhalt einzelner kostenloser Downloadcodes müssen daher nicht mehr die Difu-Ansprechpartner*innen kontaktiert werden. Zudem mailen wir ab sofort interessierten Difu-Ansprechpartner*innen automatisch einen Code zum kostenfreien Download jeder kostenpflichtigen Difu-Neuerscheinung zu. Wer diesen Service künftig nutzen möchte oder Fragen zu eBooks hat, wendet sich bitte an: vertrieb@difu.de.
Details hierzu finden Sie auch auf der Difu-Homepage:
→ www.difu.de/12544

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Berichte 3/2020
→ www.bit.ly/2ESaMGJ

„Gute Governance" für gesellschaftliche Integration
Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe in Klein- und Mittelstädten
→ www.difu.de/15791

Altersarmut in Städten
→ ✪ www.difu.de/15789

Wirkungsvolle Suchtprävention vor Ort
8. Wettbewerb Kommunale Suchtprävention
→ www.difu.de/15788

Ein anderer Stadtverkehr ist möglich
Neue Chancen für eine krisenfeste und klimagerechte Mobilität
→ www.difu.de/15745

Blau-grün-graue Infrastrukturen vernetzt planen
→ www.difu.de/15415

Quartiersebene als Infrastrukturverbund – Klimaschutzpotenziale und Synergien mit dem Umweltschutz
→ www.difu.de/15478

Kommunale Antworten auf die globale Corona-Krise: Finanzen, Innovationskraft und Lebensqualität verbessern
→ www.difu.de/15723

OB-Barometer 2020
→ www.difu.de/15727

Einblicke
Difu-Jahrbuch, die Jahre 2018-2019 im Difu
→ www.difu.de/15629

An den Klimawandel angepasste Wasser- und Grün-Infrastrukturen im Planungsgebiet „Sieben Eichen", Norderstedt – planerische Machbarkeitsstudie
→ www.difu.de/15714

#Klimahacks No. 5 – Mach Dein Projekt zu kommunalem Mobilitätsmanagement
→ www.difu.de/15663

Stadtentwicklung in Coronazeiten – eine Standortbestimmung
→ www.difu.de/15641

Energie- und CO_2-Bilanz als wirksames Instrument für Klimaschutz in Kommunen
→ www.difu.de/15572

Klimaschutz in finanzschwachen Kommunen
→ www.difu.de/15564

Bürgerinnen und Bürger an der Verkehrswende beteiligen
→ www.difu.de/15562

Klimaschutz & Finanzen
Kommunen investieren in eine lebenswerte Zukunft
→ www.difu.de/15541

#Klimahacks No. 4 – Mach Dein Projekt zu Mitarbeitermotivation in der Verwaltung
→ www.difu.de/15544

Stadt und Krise – Gedanken zur Zukunft
Difu-Berichte Sonderheft, Juni 2020
→ www.difu.de/15533

KfW-Kommunalpanel 2020
→ www.difu.de/15465

Ausgezeichnete Praxisbeispiele 2019
Klimaaktive Kommune 2019. Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Urbanistik
→ www.difu.de/15468

Region ist Solidarität
Gerechter Ausgleich von Lasten und Nutzen im interkommunalen Dialog
→ www.difu.de/15457

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Difu-Dialog: Verkehrswende erleben – Experimente im Straßenraum
→ www.difu.de/15775

Difu-Webinar: Corona in Kommunen
→ ✪ www.difu.de/15528

Presseresonanz – das Difu in den Medien
Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

Deutschlandfunk, Länderzeit, 30.9.2020
Fehlende Steuereinnahmen. Die schwierige Finanzsituation der Kommunen
Studiogespräch mit Difu-Direktor Carsten Kühl, DStGB-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg und Katja Wolf, der Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach.
www.bit.ly/3npWsqN

OBM online, 17.9.2020
Städte in der Coronakrise: Die urbane Transformation zur nachhaltigen Stadt darf nicht stillstehen
Difu-Stadtforscher Arno Bunzel spricht über die Coronakrise und ihre Auswirkungen auf Kommunalfinanzen sowie urbane Zukunftsthemen.
www.bit.ly/3iWSC5I

SPIEGEL ONLINE, 4.9.2020
Corona vergrößert die Kluft zwischen Kommunen
Sinkende Steuern und steigende Sozialausgaben: Die Coronakrise belastet kommunale Haushalte stark. Eine neue Studie des ZEW sowie des Difu im Auftrag des Deutschen Städtetages warnt vor steigender Ungleichheit und einem Investitionsstau ungekannten Ausmaßes.
www.bit.ly/2Zeqmni

ZEIT ONLINE, 2.9.2020
Wie Corona den Fahrradboom verstärkt
Die Zahl der Radfahrer steigt noch schneller als bisher, es werden so viele Fahrräder wie nie verkauft – und immer mehr Menschen nutzen Leihräder. Der Boom in fünf Zahlen.
www.bit.ly/3371r6i

Hessischer Rundfunk, info, 1.9.2020
Autofreie Städte: Eine umstrittene Wende
In Frankfurt wird der Mainkai wieder für den Autoverkehr geöffnet. Warum das eine vertane Chance auf dem Weg zur autofreien Stadt ist, erklärt Mobilitätsexpertin Uta Bauer im Interview.
www.bit.ly/300Kytk

rbb24.de, 23.7.2020
Wie sich der Berliner Verkehr durch Corona entwickelt hat
Fahrrad, Kfz, ÖPNV: Es gibt viele Möglichkeiten in Berlin, sich auf Rädern fortzubewegen. rbb|24 hat aktuelle Daten ausgewertet und festgestellt: Die Pandemie hat einen nicht unerheblichen Einfluss auf unser Verkehrsverhalten.
www.bit.ly/2E1OhyC

Smart Country, 14.7.2020
Welchen Mehrwert liefern offene Daten in Zeiten von Corona?
In der digital transformierten Verwaltung stellt die verstärkte Nutzung von Daten einen wichtigen Mehrwert dar. Die Bedeutung tagesaktueller Daten für die Steuerung von Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus wird auf der kommunalen Ebene gerade besonders sichtbar. Etwa dann, wenn Kommunalpolitiker*innen auf der Grundlage von Daten strategische Entscheidungen für oder gegen die Einleitung von Maßnahmen zum Schutz der Gemeinde treffen.
www.bit.ly/2FrQVi5

WDR 5, Morgenecho, 8.7.2020
Dortmund: Innenstadt ohne Karstadt?
Viele NRW-Innenstädte haben in den vergangenen Jahren stark unter Folgen des Online-Handels gelitten. Jetzt machen auch Filialen von Galeria Karstadt Kaufhof dicht. Was bedeutet das für das Stadtbild? Gespräch mit der Difu-Wissenschaftlerin Beate Hollbach-Grömig.
www.bit.ly/2XWTSgD

Bayern 3, Sendung: Update, 23.6.202
Verwaisen die bayerischen Innenstädte?
Anlässlich der geplanten Schließung zahlreicher Filialen einer großen Kaufhauskette sorgen sich einige Kommunen um ihre Innenstädte. Beate Hollbach-Grömig (Difu) erläutert im Interview, welche Rolle Warenhäuser in Innenstädten spielen und was eine lebendige Innenstadt ausmacht.
www.bit.ly/3kMnas8

Frankfurter Rundschau online, 19.6.2020
Vernetzt planen
Der Umbau zu einer klimagerechten Stadt erfordert Kreativität und eine Änderung bisheriger Routinen.
www.bit.ly/3aqf4Ro

der gemeinderat, 6/2020
Carsten Kühl: „Politik und Planung müssen handeln“
Der Klimawandel ist spürbar. Wie sollten die Stadtplaner darauf reagieren? Carsten Kühl, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), fordert die systematische Verknüpfung von Schutzmaßnahmen etwa beim Bau neuer Quartiere. Ein Masterplan könnte hier unterstützend wirken.
www.bit.ly/2DSXvgP

Transforming Cities, 28.5.2020
netWORKS 4: Infrastrukturen können zur Klimaanpassung in Städten beitragen
Hitze, Starkregen, Hochwasser und Trockenheit machen Städten und ihren Bewohner*innen zunehmend zu schaffen. Um mit den Folgen des Klimawandels in Städten umzugehen, sind Lösungen einer vernetzten Stadt- und Infrastrukturplanung notwendig.
www.bit.ly/2Q4PWq9

Münchner Merkur, 22.5.2020
Mehr Chance als Schaden? Sharing in der Corona-Krise
Die Corona-Krise hat die Anbieter von Leihsystemen für Fahrräder, E-Tretroller und Autos hart getroffen. Doch trotz Virusangst glauben Fachleute nicht an dauerhaften Nutzerschwund. Allerdings werde nicht jedes Verkehrsmittel gleichermaßen gut durch die Krise kommen.
www.bit.ly/2XZEJeu

Der Neue Kämmerer, 14.5.2020
Kämmerer stellen sich auf magere Jahre ein
Kämmerer wappnen sich für finanziell schwierige Jahre im Zuge der Coronakrise. Das KfW-Kommunalpanel 2020 zeigt nun genau auf, mit welch drastischen Einschnitten Kommunen planen.
www.bit.ly/2Yh2fEj

Deutsches Institut
für Urbanistik

www.difu.de